

**Identitätspolitik
oder Machtkritik?**

stimme
von und für Minderheiten

Das Ende des Weltethos

„Warum wieder er?“ fragte die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* nach der Wiederwahl George W. Bushs. „Wer, wenn nicht er?“ könnten wir auf gut Österreichisch erwidern. Wahlen abzuhalten ist die wirksamste Methode, den Trend totsicher festzustellen. Die Ergebnisse der US-Wahlen bestätigen folgerichtig jenen Trend, der schon seit über einem Jahrzehnt zu beobachten war und mit der ersten Bush-Regierung seinen Zenith erreichte: Die Außenpolitik der USA ist die Innenpolitik der gesamten Welt.

Die US-BürgerInnen wählten demgemäß jenen Mann wieder zum Präsidenten, der eine Mission von globalem Ausmaß vorweisen kann. Nicht die wachsende Arbeitslosigkeit, nicht das enorme Haushaltsdefizit, nicht die immer breiter werdende Schere zwischen Arm und Reich in der eigenen Gesellschaft waren bei der Entscheidung maßgebend, sondern die Mission des „Präventivschlags“ im Namen eines Wertekatalogs: Die ganze Welt muss von einem Geist erobert werden, der *Freiheit* heißt. Und wenn nicht aus freien Stücken, so weiß der Geist, sich aufzudrängen.

Seit dem Ende der bipolaren Weltordnung führen die USA den Weltgeist in den Rucksäcken ihrer Soldaten mit. Wir lieben die Marines, die GIs, die Navys – und wie sie sonst immer heißen – sowieso dank Kino und Fernsehen. Darum sind wir entsetzt und enttäuscht, etwa durch Michael Moores Film erfahren zu müssen, dass die US-Soldaten bei Kämpfen im Irak lautstarker Musik mit martialischen Texten in ihren Kopfhörern lauschen. Das sind nicht unsere Fernseh-GIs und Kino-Marines! seufzen wir und schalten das Fernsehen um (je nach Altersgruppe) auf MTV oder CNN.

Tatsächlich wohnt der kulturellen Hegemonie, die anfänglich von den USA auf die restliche Welt ausgestrahlt wurde, mittlerweile eine derartig komplexe Struktur inne, dass es schwierig ist, zwischen Import und Export zu unterscheiden. In der Nach-

kriegszeit ging das noch einigermaßen. Man schimpfte auf die Coca-Cola-Kultur, tadelte den American way of life, warnte vor dem amerikanischen Kulturimperialismus. Heute, im Zeitalter der *globalen Ethnisierung*, spielen die USA kulturell eine andere Rolle: Alle Gewürze dieser Welt werden von einer Stärke zusammengehalten, damit die Suppe nach etwas schmeckt. Diese Stärke trägt auf ihrer Packung sichtbar die Farben der US-amerikanischen Fahne.

Was sucht aber dieses leidige Thema in einer Minderheitenzeitschrift? Erstens bestimmt die US-amerikanische Weltpolitik auch die Geschicke der Minderheiten weltweit. Von den KurdInnen in der Türkei und im Irak über die zahlreichen ethnischen Gruppen am Balkan bis hin zu den PalästinenserInnen haben die USA in nahezu jeder Region die Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten in den letzten Jahrzehnten direkt beeinflusst.

Zweitens dominiert die US-amerikanische politische Kultur der neuen sozialen Bewegungen überall die politischen Strategien der Minderheiten. „Politics of recognition“ und „politics of identity“ (siehe auch *Thema dieses Heftes*) sind nicht nur amerikanische Ausdrücke, sondern auch Namen von Strategien, die ganz stark Züge der US-amerikanischen Zivilgesellschaft tragen. Wenn die belesenen Minderheiten-AktivistInnen anderswo, etwa hierzulande, von „community“ reden, haben sie wohl zumeist Texte US-amerikanischer AutorInnen oder Erinnerungen aus einem US-Besuch im Sinn. Ich bin mir nicht so sicher, ob etwa „self-empowerment“ ein wirklich universelles oder doch ein am kommunitaristisch-amerikanischen Weltbild orientiertes Modell ist. Sogar in Europa ausformulierte theoretische Konzepte wie „Dekonstruktion“ kamen erst über die USA wieder zurück nach Europa und wurden hier als politische Strategien – im wahrsten Sinne des Wortes – salonfähig.

Personen, die diese Fakten hervorheben, Anti-Amerikanismus vorzuwerfen, ist ebenso absurd, wie wegen dieser Fakten gegen die USA zu sein (was immer das bedeuten mag). Es geht um die Diagnose der Gegenwart, nicht mehr und nicht weniger. Natürlich kann es nicht dabei bleiben, Fakten aufzuzählen und sich zufrieden zurückzulehnen. Die Hervorhebung des imperialen Charakters der USA hat zweifelsohne Konsequenzen.

Die wichtigste Konsequenz ist entsprechend globaler Natur. Solange ein Nationalstaat aufgrund seiner militärischen, wirtschaftlichen und – in Folge – kulturellen Macht eine imperiale Funktion bekleidet und diese kontinuierlich ausübt, wird den Begriffen Gerechtigkeit, Souveränität, Völkerrecht und Menschenrechte auf Weltmaßstab stets so etwas wie Verlogenheit anhaften. Die Überwindung nationaler Grenzen und die Notwendigkeit eines „Weltethos“ zu predigen und zugleich die aktuelle Weltordnung mit ihrer Supermacht zu akzeptieren, kann nur verlogen sein. Die große Mehrheit der Weltöffentlichkeit, die das logische Ausarten dieser Weltordnung in Dauerkrieg und Ausnahmezustand mit dem niedrigen IQ oder dem religiösen Fanatismus des aktuellen US-Präsidenten erklären will, akzeptiert schließlich die Weltordnung als solche. Denn der graduelle Unterschied in der Kriegsführung mit menschlichem oder eben dümmlichem Antlitz ändert nichts an der Tatsache, dass Krieg geführt wird – zudem noch im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit. Die neue Weltordnung markiert das Ende des Weltethos, wenn nicht überhaupt das Ende der Ethik.

Was tun? Mir fällt eine zynische, aber konsequente Forderung ein. Da die USA das gesamte Geschick der Weltbevölkerung de facto bestimmen, sollte die Weltbevölkerung ihrerseits die Möglichkeit haben, an dieser Bestimmung teilzunehmen. Ich plädiere dafür, dass weltweit alle Menschen im Wahlalter bei den US-Präsidentenwahlen Wahlrecht haben und mitwählen sollen. Das wäre eine demokratische Mindestforderung.

Hakan Gürses

impresum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. Chefredakteur: Hakan Gürses. Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Örtl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Isabelle Bene. Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Stefan Nicolini, Marinela Vecerik, Anita Konrad, Kahlauer, mh, ede, M. Fürst. Fotoredaktion: Mehmet Emir. Zeichnungen: Andreas Ohrenschaill, Hakan Gürses. Graphische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung. Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): €14,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

	Impresum	2
	Identitätspolitik: Kosten und Nutzen Paul Scheibelhofer	4
	Kanakische Identitätspolitik und post-/koloniale (Un-)Ordnung Kien Nghi Ha	6
	„Queer Politics“ als widerständige Politiken Georg Brunner	8
	Denke zumindest so differenziert wie die Wählerstromanalyse! Gruppe Or-Om	11
	Der Duffek-Schlag oder Die Wiederholung des Immergleichen Erwin Riess	14
	Zeit zum Umdenken: „Rassismus“, ein problematischer Begriff! Clément Mutombo	16
	Die 5. Wiener Integrationskonferenz hat getagt Hikmet Kayahan	20
	Integrationspolitik zwischen Skylla und Charybdis Karl Michael Reiser	22
	Brief nach Istanbul Gerald Kurdoğlu Nitsche	24
	Kein zu integrierendes „Außen“ Tina Prokop und Christa Markom	25
	Asylant-Sein hautnah Isabella Marboe	26
	Kulturen und Künste	27
	Tipps	29
	Kahlauers Tagebuch	31

Thema: Identitätspolitik oder Machtkritik?

Die „neuen sozialen Bewegungen“, zu denen auch verschiedene Minderheiten-Bewegungen zählen, haben seit den frühen 1970er-Jahren allmählich andere Differenz-Kategorien neben der – damals in Theorie und Politik vorherrschenden – Klasse etabliert: Gender, sexuelle Orientierung, Ethnizität etc.

Durch eine solche Pluralität von Differenzen wurde es zwar zunehmend möglich, die sozialen Gegensätze der modernen und post-modernen Gesellschaften in ihrer Vielfalt zu analysieren, ohne sie auf einen „Hauptwiderspruch“ reduzieren zu müssen. Eine *Politik des Hier und Heute* löste langsam die auf Klassengegensätzen beruhende und auf die künftige Zeit nach der „Machtübernahme“ gerichtete *Politik der Erwartung* ab. Die damit verbundene Verlagerung des politischen Schauplatzes hin zu biologischen, anthropologischen oder kulturellen Eigenheiten/Differenzen brachte aber zugleich eine gruppenzentrierte Form der Politik hervor, die *Identitätspolitik* genannt wurde.

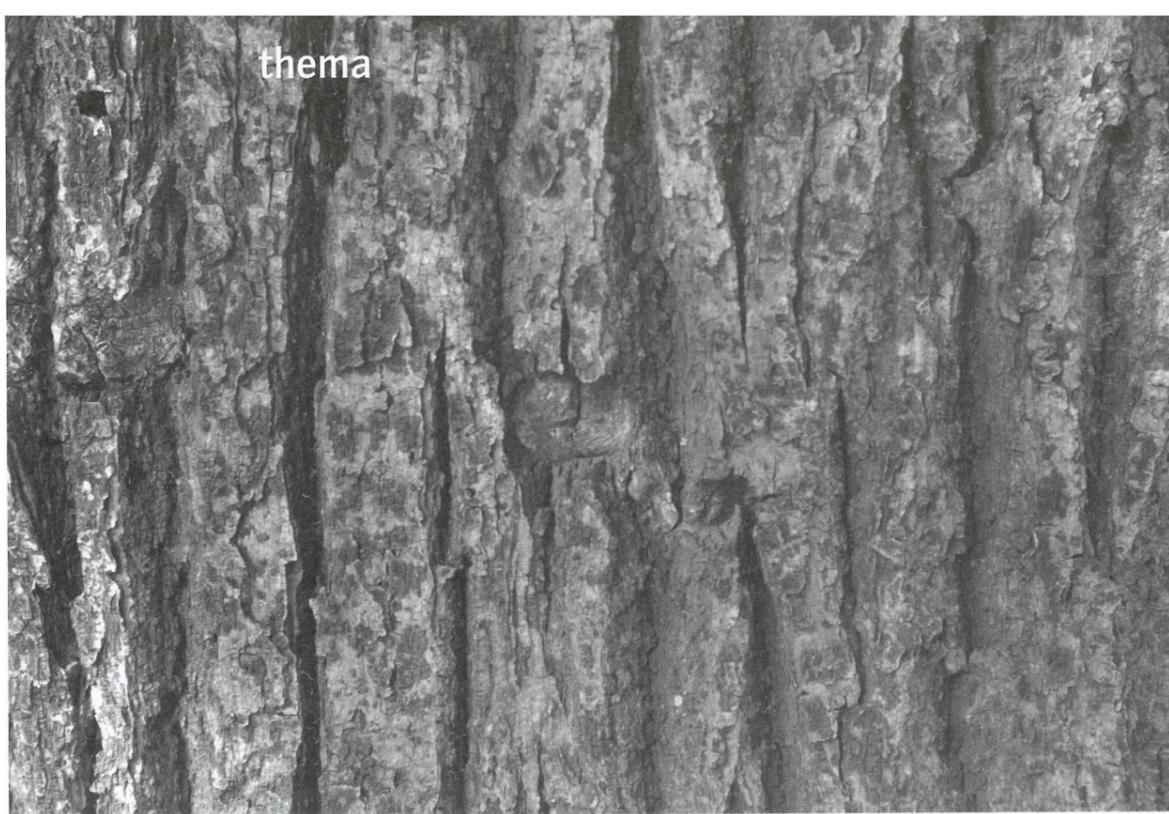
Der Vorwurf an die Identitätspolitik, sie setze zu sehr auf die Anerkennung der Gruppenidentitäten, friere die zugeschriebenen Identitäten ein und übernehme damit die Zuschreibungen der Macht, wurde seit Anfang der 90er-Jahre zunehmend hörbar. An diesen Vorwurf schloss sich ein Ansatz mit einer neuen Strategie an: *Machtkritik*. Der machtkritische Ansatz in den neuen sozialen Bewegungen schlug vor, Identitäten



machtkritische Ansatz hingegen nimmt in der Theorie zunehmend eine führende Rolle ein, während er noch keine wirksamen Alternativen in der Praxis vorweisen kann.

Zu dieser eher „internen“ Polarisierung kommt – quasi durch die „Hintertür“ – die erneut laut werdende Kritik von links, neue soziale Bewegungen würden bloß einer „Politik der Anerkennung“ nachhängen und die sozioökonomische Dimension der Gesellschaft und Macht, damit eine „Politik der (Um-)Verteilung“, völlig ausblenden.

In der vorliegenden STIMME-Ausgabe gehen die AutorInnen Kien Nghi Ha, Georg Brunner, Gruppe Or-Om, Erwin Riess sowie Paul Scheibelhofer (aufgrund der Statements bei einer von ihm moderierten Podiumsdiskussion) diesen Polarisierungen nach. Unterschiedliche Formen minoritärer Politik werden im Rahmen des Themen-Schwerpunkts auf ihre Möglichkeiten und Grenzen hin diskutiert und überprüft.



Marginalisierte Gruppen haben es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, unter Einforderung der Anerkennung ihrer Identitäten gesellschaftliches Terrain zu gewinnen. Diese Forderung nach Anerkennung von Differenzen und damit zusammenhängenden Rechten und Ansprüchen wirft allerdings Fragen auf.

Identitätspolitik: Kosten und Nutzen

Paul Scheibelhofer

Zur Diskussion rund um einige dieser Fragen lud *Radio Stimme* im April 2004 ins Wiener Depot ein. Am Podium saßen: Ursula Knoll (HomoBiTrans-Referat der ÖH), Alev Korun (zuständig für Migrationsthemen im Grünen Parlamentsclub), Verena Krausneker (ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) und Sabine Strasser (Institut für Sozial- und Kulturanthropologie, Uni Wien).

Durch diese Personen waren zwar auf den ersten Blick einige der Gruppen vertreten, die in Vergangenheit von der Identitätspolitik „profitieren“ konnten. Dennoch standen die Referentinnen dieser Form der Politik sehr kritisch gegenüber.

Kostenpunkt: Festschreibung

Anerkennung setzt die Formulierung von Identitäten voraus. Der Formulierungsprozess scheint nicht ohne ein gehöriges Maß an Festschreibung zu funktionieren. Ein wichtiger Aspekt von Identitätspolitik liegt in „Wir sind ...“-Sätzen. Nun fragen vor allem TheoretikerInnen zunehmend, wer dieses „Wir“ denn sei, und verweisen auf Machtpraktiken, die in solchen Reklamationen eingeschrieben sind. So verwies Sabine Strasser auf einen zentralen Kritikpunkt, als sie über die Schwierigkeiten einer „dekonstruktivistischen“ Identitätspolitik am Beispiel Feminismus

sprach, wo sie heute eine Kluft zwischen Theorie und Praxis ortet:

„Von Seiten der Theorie wird einerseits darauf hingewiesen, dass die Zugänge und Politiken unter dem gemeinsamen Schirm ‚Frau‘ sehr heterogen sein müssen. Andererseits wird in Frage gestellt, ob es überhaupt eine Gemeinsamkeit jenseits einer diskursiven Herstellung derselben gibt. Für die Praxis zieht diese Dekonstruktion aber Probleme nach sich. Denn das politische Subjekt, auf dem die Forderungen basieren, wird dadurch in Frage gestellt. Andererseits gelingt die Umsetzung der eigenen Ansätze oft nicht, und feministische Forderungen argumentieren oft mit dem Feminismus und den Vorstellungen vom Frausein, wie es noch in den 70er-Jahren üblich war.“

Auch Ursula Knoll berichtete von den Problemen mit der Umsetzung von dekonstruktivistischen Zugängen in ihren Projekten. Neben dem Versuch, diese zu integrieren, verwies sie aber auf die unverminderte Relevanz von Projekten mit identitätspolitischem Zugang, wie z. B. Tutorien für HomoBiTrans-Personen an der Universität.

Die tatsächliche Integration der Zugänge scheint schwierig – es herrscht eher eine Koexistenz zwischen politischer Praxis, die auf Sicherheiten baut, und theoretischen

Zugängen, die mit der Dekonstruktion dieser Sicherheiten beschäftigt ist.

Wie ident muss Repräsentation sein?

Ein wichtiger Aspekt von Identitätspolitik ist *Empowerment*, was auch bedeutet, dass sich Gruppen selbst organisieren und vertreten. Auch hier stellt sich die Frage, wie sehr dieser Vertretungs-Gedanke die Gefahr der Festschreibung in sich trägt. Was zeichnet eine/n Minderheitenangehörige/n aus, sodass er/sie für andere Angehörige sprechen kann? Muss diese Person nachweislich „dieselbe Identität“ der von ihr repräsentierten Gruppe haben? Alev Korun – selbst eine Migrantin – beschäftigt sich bei den Grünen mit Fragen der Migration. Zur Rolle von VertreterInnen der Minderheiten in der Parteipolitik und den damit verbundenen Problemen sagte sie:

„Ursprünglich war die Idee der Vertretung von Minderheitenthemen durch so genannte ‚Betroffene‘ eine Gegenstrategie zur klassischen Mehrheitspolitik. Ich sehe hier noch immer Bedarf, so wurden z. B. MigrantInnen in Österreich Jahrzehnte lang nie gefragt, was sie selber wollen. Die Gefahr liegt eher in der Kulturalisierung von sozialen Kämpfen, die meiner Meinung nach durch eine Identitätspolitik von staatlicher Seite gefördert wird – Stichwort: Multikultigesellschaft, ein Konzept, das sich sicher nicht die MigrantInnen ausgedacht haben.“

Ein neuer Aspekt: Wer hat die Macht zu bestimmen, wann etwas Identitätspolitik ist? Alev Korun verwies darauf, dass sowohl Ethnizität als auch Identität immer nur den „Anderen“ zugeschrieben werden. Die Unterstellung von identitätspolitischen Motivationen kann also als eine Machtstrategie gesehen werden, um von anderen – etwa sozialen – Kämpfen abzulenken und daraus ein „ethnic issue“ zu machen.

Dazu die Anthropologin Strasser: „Trotz dieser Gefahr der Ethnisierung ist die Politik der *affirmative action* aber berechtigt. Und ich verstehe, warum bestimmte Gruppen, die sich aufgrund von gemeinsamen Ausgrenzungserfahrungen bilden, positive Maßnahmen für sich beanspruchen. Man darf nicht vergessen, dass diese Gruppen ja nicht nur eine kulturelle Anerkennung fordern, sondern auch den Zugang zu Bildung, sozialer Mobilität etc.“

Diese Kritik verweist auf eine weitere Machtstrategie: Die Reduktion von identitätspolitischen Forderungen auf das Terrain der kulturellen Differenz. Darauf kann „von oben“ mit symbolischer Politik reagiert werden, ohne dass es zu einer tatsächlichen Umverteilung von umkämpften Ressourcen kommt.

Verena Krausneker engagiert sich bei ZARA in der antirassistischen Arbeit. Gefragt zu ihrer Position als „Weiße“, weist sie auf die Gefahren einer simplen Idee von Repräsentation hin und begründet ihr Engagement folgendermaßen:

„Wenn man davon ausgeht, dass rassistische Übergriffe das Problem der direkt Betroffenen ist, kann man fordern, dass sie es auch selbst lösen sollen. Ich bin der Meinung, dass Rassismus alle angeht, und das Interesse, dass Österreich antirassistischer wird, kann ich auch als weiße, blonde Österreicherin, die akzentfrei Deutsch spricht, vertreten. Die Erfahrung hat auch gezeigt, dass es wichtig ist, dass solche Leute wie ich antirassistische Anliegen mittragen.“

Im Repräsentationsgedanken liegen ganz bestimmte Annahmen, die kritisch hinterfragt werden sollten. Sie machen Probleme an bestimmten Personen und Gruppen fest und entlasten dadurch andere. Verena Krausnekers Engagement kann als bewusste Gegenstrategie zu dieser Praxis gesehen werden.

Ein „Nutzen“ von identitätspolitischem Engagement scheint aber recht unbestritten in dessen Kraft, Bewegungen in Gang zu setzen, zu liegen:

Korun: „Bis vor Kurzem ging es für MigrantInnen darum, überhaupt darauf aufmerksam zu machen, dass auch sie BürgerInnen dieses Landes sind. Man hat sie ja in der Öffentlichkeit nicht gesehen. Langsam ändert sich das, und es richten sich nun vermehrt PolitikerInnen an MigrantInnen. Hier kommt es natürlich auch zu Festschreibungen von den Interessen der MigrantInnen; ich hoffe natürlich, dass es sich dabei um einen vorübergehenden Zustand handelt.“

Vom Umgang mit Differenz

Für soziale Bewegungen und ihre Mitglieder ist es aber mitunter nicht einfach, von identitätspolitischen Zugängen abzuweichen – selbst wenn diese zu offensichtlichen Problemen führen.

Dies zeigte sich nicht zuletzt in Bezug auf die Frage nach dem Umgang mit internen Differenzen in der politischen Arbeit:

Knoll: „In jeder Bewegung reproduzieren sich die identitätspolitischen Widersprüchlichkeiten – egal wie dekonstruktivistisch oder *queer* sie sein mag. Für uns im HomoBiTrans-Referat ist der Umgang mit internen Differenzen ständiges Thema – da gibt es z. B. teils Grabenkämpfe zwischen Homo und Bi.“

Strasser: „Aber da reproduziert sich doch die Problematik der Differenzierungen der

Differenzierungen, was schließlich zu einer Handlungsunfähigkeit führen muss. Ich verstehe nicht, warum die Interessen nicht in den Mittelpunkt gestellt werden!“

Dies scheint eine interessante Frage zu sein: Wieso geht man nicht ab von identitätspolitischen Zugängen, wenn sie doch zu existenziellen Problemen von Bewegungen führen können?

Ursula Knoll verwies hier auf die wichtige Rolle, die identitätspolitisch orientierte Forderungen für das Selbstverständnis vieler HomoBiTrans-Personen haben. Besonders in einer ersten Phase des „coming out“ leisten Formulierungen einer positiv besetzten Identität hier wichtige Dienste. Diese Basis lässt sich nicht so einfach „wegdekonstruieren“. Knoll plädiert in diesem Zusammenhang für einen respektvolleren Umgang mit den so genannten „Forderungen der 70er-Jahre“.

Hakan Gürses (*Initiative Minderheiten*), der mit einem Abschlussstatement die Diskussion im Publikum eröffnete, resümierte, dass die Podiumsdiskussion symptomatisch für den derzeitigen Diskurs über Identitätspolitik gewesen sei. Einerseits ist man gegenüber dieser Politikform heute generell kritisch eingestellt, andererseits scheint eine genuin dekonstruktivistische Politik schwer vorstellbar. Was bleibt, ist die pragmatische Zweigleisigkeit von radikal-dekonstruktivistischer Theorie auf der einen Seite und identitätspolitische Politik auf der anderen, doch sollte man dabei eines nicht vergessen, so Gürses:

„Dass in dieser Unterscheidung zwischen Theorie und Praxis vergessen wird, dass Theorie immer eine performative Praxis ist, die Wirklichkeit schafft. Darum ist es wichtig zu diskutieren, welche theoretischen Positionen wir einnehmen und wie wir es schaffen, diese Positionen in unserer Sprache, den Diskussionsformen, unserer Art des Denkens in die politische Praxis einfließen zu lassen.“

Identitätspolitik wurde an diesem Abend heftig kritisiert, aber nicht zu Grabe getragen. Zu sehr scheinen gesellschaftliche Institutionen diese Politikform zu verlangen, und zu sehr ist sie in neue soziale Bewegungen eingeschrieben, als dass man sich so einfach von ihr lösen könnte.

Neuere machttheoretische Diskurse erzeugen aber ein Unbehagen in essentialistischen Forderungen und setzen klassisch-identitätspolitische Argumentationen unter Legitimationsdruck. Vielleicht sollte die dabei erzeugte Spannung aber vorerst als produktive Differenz gesehen werden und nicht als Grabstein für die Identitätspolitik.

Paul Scheibelhofer
ist Redakteur bei „Radio Stimme“.

Selbst-Kanakisierung als strategische Diskurspolitik geht von der zentralen Einsicht aus, dass rassistisch marginalisierte von der Dominanzkultur als „Kanaken“ konstruiert werden. Bei der Aneignung und Umkehrung des Kanakendiskurses geht es daher gerade nicht um eine freie Identitätswahl, sondern darum, ein aufgezwungenes Selbstbild zu unterlaufen.

Kanakische Identitätspolitik und post-/koloniale (Un-)Ordnung

Kien Nghi Ha

In der Geschichte kanakischer Identitätskonstruktionen vermischt sich die Globalisierungsgeschichte der Kolonialisierung mit den Geschichten widerständiger Selbstinszenierungen. Es ist diese uneindeutige Doppelbewegung in der historischen Dynamik identitärer Fremd- und Selbstzuschreibungen, wodurch Benennungen sowohl als Praktiken der kolonialrassistischen Herrschaft als auch der Selbst-Ermächtigung fungieren können. Eine Reihe historischer Entwicklungen weisen darauf hin, dass das umkämpfte Terrain der Identität nicht nur das Ziel, sondern auch die gemeinsame Ausgangsbasis für politischen Aktivismus von *People of Colour* darstellt.

Selbstbenennung als Strategie

Durch anti-rassistische Bewegungen wie die *Black Power Movement* in den USA der 1960er- und 1970er-Jahre konnte erstmals massenhaft ein positiver Bezug zur Schwarzen Identität gebildet werden. *Schwarz* diente durch diese Brechung nicht mehr länger wie im Rassismus als negatives Symbol. Dieser politische Bewusstwerdungsprozess wurde durch ein populär-kulturelles Umfeld verstärkt, das sich am deutlichsten in Slogans wie „Black is beautiful“ und „I'm black and I'm proud“ ausdrückte. Aus dieser Um- und Aufwertung von *Blackness* ging eine radikale Positionierung hervor, deren identitätspolitische Selbstaneignung als gesellschaftlich transformierende Kraft sowohl für die Schwarze Diaspora in Europa als auch für andere kolonialisierte Communities bedeutsam war.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass die indigenen BewohnerInnen der französischen Überseekolonie Neukaledonien ausgerechnet in den rebellischen 1970er-Jahren begannen, sich die abwertende Kolonialbezeichnung „Kanak“ anzueignen. Stand diese Identitätsposition bis zu diesem Zeitpunkt für eine

durch weiße „Blackbirders“ (europäische Menschenjäger) und Kolonialadministration aufgezwungenes Trauma der Deportation und Zwangsarbeit, so verkehrte sich mit der aktivistischen Übernahme und Neusetzung dieser historisch oktroyierten Identitätszuschreibung auch ihre politische und gesellschaftliche Funktion. Aus kolonialen Objekten wurden durch Prozesse der Selbstaneignung postkoloniale Subjekte, die selbstbewusst für die unabhängige Entwicklung ihrer Gesellschaft kämpften und auf diese Weise versuchten, ihre Geschichte neu zu schreiben.

Kanakische Identitätspolitik als Widerstandsperspektive versucht, sich der Macht der Kolonialsprache zu entziehen, indem die Kolonialisierten in Sprechakten sich selbst definieren und damit diskursiv aus ihrem Objektstatus heraustreten. Widerstand wird nicht erst dann praktiziert, wenn explizit Gegenmodelle vertreten werden. Je nachdem, wie die gesellschaftliche Kräftekonstellationen aussehen, welche strategischen Optionen wirkungsvoll erscheinen und welche kulturellen Praktiken zur Verfügung stehen, können die Kolonialisierten sich auch tarnen und die koloniale Anrufung durch Praktiken der Selbstbenennung umkehren. Solche hybriden identitätspolitischen Interventionen reflektieren und überschreiten zugleich die kolonialen Einschreibungen in Geschichte und Gegenwart. Auf Eindeutigkeit basierende rassistische Identitätsmodelle können durch verwirrende Störungen, Bedeutungsverschiebungen und Überschreibungen in Zweifel gezogen, eventuell dekolonialisiert werden. Indem diese subalternen Subjekte die Mittel ihrer Unterdrückung und Abwertung der kolonialen Autorität entwenden, verwandeln sich diese hochherrschaftlichen Zeichen europäischer Definitionsmacht in identitätspolitische Instrumente des *Selbst-*

Empowerments. Aus Dienenden werden revoltierende Subjekte.

Widersprüche des Rassismus

Wie Homi Bhabha (2000) in seiner Analyse des Kolonialdiskurses erläutert hat, machen sich Mimikry und Hybridisierung als Widerstandsstrategien die Ambivalenz kolonialer Diskurse zunutze. Obwohl koloniale Regime durch territoriale Aufteilungen, gesellschaftliche Herrschaftsanordnungen und Rassenerfindungen faktisch neue soziale, kulturelle und biopolitische Grenzen etablierten, wirkten sich vieler dieser Praktiken auf der anderen Seite als Entgrenzung von Räumen und Identitäten auch zwiespältig aus. So entstand mit der Durchsetzung kolonialer Beziehungen ein voneinander abhängiges Referenzsystem von Bedeutungszuweisungen und gesellschaftlichen Hierarchien, in dem die aufeinander verweisenden Fremd- und Selbstbilder eine ungleiche Beziehung eingingen: Europa und „seine“ Anderen, *Whiteness* und *Blackness*, Zentrum und Peripherie, nationale Dominanzkultur und „Minderheiten“. In diesen Identitätsbildern und Privilegienverteilungen kommt eine gesellschaftliche Konfiguration zum Ausdruck, die sich einerseits durch Machtartikulation und polare Setzung formiert; andererseits auch von einer unvermeidlichen Einbeziehung des Anderen abhängt.

Erst durch die Konstruktion des unterlegenen Anderen war es überhaupt möglich, dominante und marginale Positionen gesellschaftlich zu produzieren. In der rassistischen Identitätspolitik kommt daher die europäische Definitionsmacht zur Sprache, die durch Weiße Phantasmagorien und Bedürfnisse ins Leben gerufen wurde. Für den Rassismus ist es konstitutiv, dass er in einem gegensätzlichen Verhältnis von Abspaltung und Identifikation zum Anderen steht. Daher gehen gewalttätige Diskurse der Vernichtung und Eindämmung immer mit Vereinigungswünschen und Projektionen Hand in Hand – etwa über den „guten Wilden“ oder der „armen Migrantin“, die man retten muss.

Hybride Grenzüberschreitung

Aus dieser widersprüchlichen Funktionsweise des Rassismus ergibt sich, dass die kolonialrassistische Ausgrenzung wie die damit einhergehende Kontrollmacht niemals total sein können. Das bedeutet auch, dass marginalisierte Subjekte handlungsmächtig sind und die Möglichkeit haben, dominante Narrationen diskursiv zu unterbrechen. Dadurch ist in der gewaltvollen Dynamik der kolonialen Moderne ein Prozess in den

Gang gekommen, der als hybride Praxis der Grenzüberschreitung in Erscheinung tritt.

Diese vieldeutige Praxis ist mit einer Verdoppelung und Fragmentierung von Identitäten verbunden, in der die koloniale Autorität mit ihrem unterdrückten Doppelgänger auf der anderen Seite der Geschichte konfrontiert wird. Diese umkämpfte und niemals eindeutige Identität können wir mit dem afro-amerikanischen Soziologen W.E.B. DuBois als eine Form des „double consciousness“ bezeichnen. Kanakische Identität speist sich aus diesem grenzwertigen Bewusstsein, weil es einerseits um die kolonialisierende Wirkung seiner Benennungen weiß und andererseits gerade aus dieser intimen Einsicht heraus die Notwendigkeit erkennt, kolonialrassistische Modelle durch Mimikry und Hybridisierung zu verunreinigen und zu verunsichern.

Alle diese Kontexte sind im neorassistischen Alltagsdeutsch in Begriffen wie „Bimbo“, „Fidschi“ und „Kanaken“ präsent. Diese Synonyme fungieren als volkstümliche Chiffre für den biologisch und zivilisatorisch minderwertigen Anderen. Der Begriff „Kana-ke“ entstand etwa, als der in Deutschland tiefverwurzelte Anti-Slawismus gegenüber „Kosaken“ und „Polacken“ sich mit dem seit der deutschen Kolonialexpansion in den pazifischen Raum gepflegten Mythos des „Kannibalen“ verband.

Selbst-Kanakisierung als strategische Diskurspolitik geht von der zentralen Einsicht aus, dass rassistisch marginalisierte von der Dominanzkultur als „Kanaken“ mit all den negativen Abwertungen konstruiert werden. Das heißt, ob sie sich selbst als Kanaken bezeichnen oder nicht, ist letztlich unerheblich, für die deutsche Mehrheitsgesellschaft bleiben sie immer Kanaken. Bei der Aneignung und Umkehrung des Kanakendiskurses geht es daher gerade nicht um eine freie Identitätswahl, sondern darum, ein aufgezwungenes Selbstbild zu unterlaufen.

SprachAttakken

Da marginalisierte nicht über die Macht verfügen, den fremdbestimmten Kanakendiskurs zu beenden, versuchen sie, innerhalb der rassistischen Diskurse zu intervenieren. Gerade in ihren Anfängen konnte die offensive Übernahme der Selbstdefinitions-macht für Überraschungseffekte sorgen und zur diskursiven Entschleierung beitragen. In diesen Situationen wurden die Machtansprüche des liberalen Diskurses und die etablierten rassistischen Konventionen mit einer Präsenz konfrontiert, die sich weigert, den ihr

zugewiesenen Platz einzunehmen. Indem das kanakische Sprechen über ethnisch-nationale Begrenzungen hinweg geht und identitätspolitische Verbote ignoriert, wird es für die bestehenden Ordnungsmuster der deutschen Gesellschaft gefährlich fremd.

Entgegen dem kosmopolitischen Selbstbild achten die weisungsberechtigten Instanzen und die deutschen Alltagsregulationen sehr sorgfältig auf die Zuschreibung und Bewahrung ethnischer Differenzierungen. Schließlich bildet die Wiedererkennbarkeit nationalstaatlich produzierter Identitätspositionen die politische Geschäftsgrundlage der westlichen Moderne. Vor dem Hintergrund dieses Ordnungsgefüges lösten die kanakischen Grenzverletzungen des deutschen Reinheitsgebots auf wundervolle Weise verwirrt, oftmals auch aggressive Reaktionen auf deutscher Seite aus, die um Fassung und Kontrolle rangen. Diese unangepassten Identitätsverschiebungen riefen mit ihrer Uneindeutigkeit eine neue Unübersichtlichkeit in der Kartographie identitärer Geopolitik ins Leben. Sie verursachten eine verstörende Unsicherheit und zogen Betriebsunfälle und Kollateralschäden im Zirkus der durchorganisierten Verwaltung nationaler Zugehörigkeiten nach sich. Dadurch konnten sie für kurze Augenblicke den allgegenwärtigen, sich liberal und staatstragend gebenden Rassismus zum Vorschein bringen.

Wie provokant kanakische Selbstinszenierungen für deutsche Gutmenschen in ihren besten Momenten sein können, lässt sich erahnen, wenn wir den Schlagabtausch zwischen Feridun Zaimoğlu und Heide Simonis, Norbert Blüm sowie Wolf Biermann in einer Fernsehtalkshow von Radio Bremen am 8. 5. 1998 verfolgen. Diese Interventionspolitik wirkte verstörend, weil die kanakische Selbstbenennungspraxis die Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden hinterfragt und die eingefleischten Muster der SubordiNation konterkariert. In diesen seltenen Momenten der geglückten Subversion werden aus Sprechakten tatsächlich gesellschaftlich relevante „SprachAttakken“ (Ha 2003).

Literatur:

Bhabha, Homi K. (2000): *Die Verortung der Kultur*. Tübingen
Ha, Kien Nghi (2003): *Sprechakte – SprachAttakken: Rassismus, Konstruktion kultureller Differenz und Hybridität in einer TV-Talkshow mit Feridun Zaimoğlu*. In: Margrit Fröhlich/Astrid Messerschmidt/Jörg Walther (Hg.): *Migration als biografische und expressive Ressource. Beiträge zur kulturellen Produktion in der Einwanderungsgesellschaft*. Frankfurt a. M.: 123-149



Kien Nghi Ha

arbeitet als Politikwissenschaftler in Berlin und ist Autor von „Ethnizität und Migration Reloaded“ (1999/2004) und „Hype um Hybridität“ (Frühjahr 2005). Ersteres wird in der nächsten STIMME ausführlich besprochen.

Queer politics sind nicht als Anerkennungs- oder Identitätspolitik zu verstehen, sondern sie bewegen sich ausgehend von Machtkritik in einem Spannungsverhältnis, das zwischen Identität, deren Dekonstruktion und vorläufigen Identitäten hin und her oszilliert.

„Queer Politics“ als widerständige Politiken

Georg Brunner

Nachdem ein Thema zuvor schon einen Großteil der europäischen Staaten mehr oder weniger gespalten hatte, kam es im politischen Sommerloch auch in Österreich an und wurde von und zwischen allen politischen Parteien rege diskutiert: nämlich die Frage, welche Rechte, Pflichten und Regulierungen der Staat Zweierbeziehungen unter „homosexuellen“ Menschen zugestehen sollte.

Schon lange davor hatten sich die „Queers“ der Grünen *Andersrum* für eine Anerkennung und Beendigung der Diskriminierung homosexueller PartnerInnenenschaften eingesetzt. Auch ein Wettbewerb zur passenden Bezeichnung dieser Bündnisse wurde von der selbstdesignierten queeren Gruppe ins Leben gerufen; schöne Vorschläge wie EHE – Eingetragene Homosexuelle Einheit (sic!) – wurden eingebracht. Beunruhigt hat mich in diesen Zusammenhängen die unreflektierte Aneignung des Begriffes „queer“ und wie er selbstverständlich als Synonym für „schwullesbisch“ verwendet wird. Im Folgenden will ich deshalb versuchen, die Grundzüge queerer Politik zu skizzieren¹ und danach fragen, wie sie sich zwischen Machtkritik, Identitätspolitik und Kritik an sozialer Ungleichheit situiert – um dann wieder beim Thema der Homo-Ehe zu landen.

(Hetero-)Sexualität als Politikum

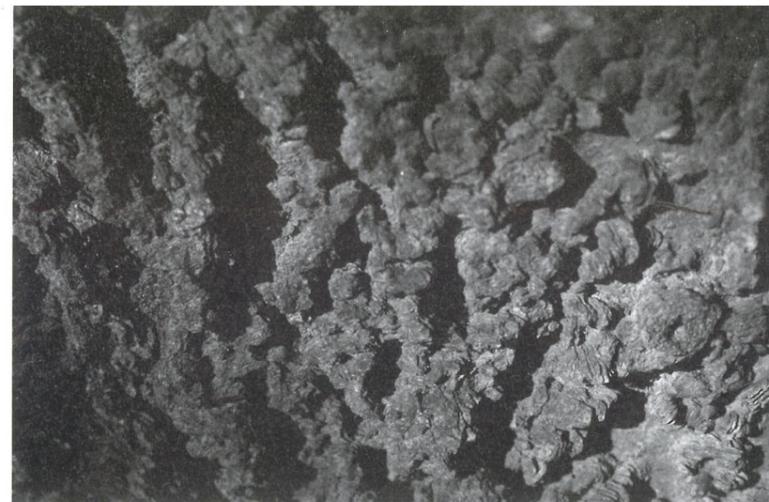
Queer fungiert als Oberbegriff für eine Theoriebildung und einen sexualpolitischen Aktivismus, der in den USA Ende

der 80er-Jahre als widerständige Politik gegen die zunehmende Homophobie und konservativ-repressive Politik in den Zeiten der AIDS-Krise entstand. Gruppen wie *Act Up* und *Queer Nation* verfolgten eine radikale Politik, die ein Recht auf Öffentlichkeit für sich beanspruchte, um das angeblich Innerste, Persönlichste und Private des Menschen anzusprechen: (Hetero-)Sexualität. In Aktionen wie sogenannten *Die-Ins* (das öffentliche Darstellen und Inszenieren des Todes), *Kiss-Ins* (öffentliches Massen-Geküsse) und Besetzungen von Shoppingzentren wurde darauf aufmerksam gemacht, daß öffentliche Räume implizit heterosexuelle sind.

Queer theory versteht sich als Heteronormativitäts- (und Zweigeschlechtlichkeits-)Kritik. Heteronormativität heißt hier, dass Heterosexualität als angeblich „private“ Intimität nicht von (anderen) Herrschaftsverhältnissen trennbar ist, sondern im Gegenteil als gesellschaftliche Norm „gegengeschlechtliches“ Begehren und alle daraus resultierenden Verhältnisse privilegiert und in Geschlechterkonzeptionen, Körperwahrnehmung und Staatskonzepte eingeschrieben ist: Geschlecht beispielsweise ist an sich schon heterosexualisiert; Kategorien wie Mann und Frau ergeben nur Sinn, weil und wenn sie als konträr verschiedene gedacht werden, die sich aber komplementär heterosexuell ergänzen. Durch die Aufrechterhaltung strikter Zweigeschlechtlichkeit wird so auch die Institution der Heterosexualität abgesichert.



Georg Brunner
studiert Soziologie und
Philosophie in Wien.



Queer theory will zeigen, wie Heterosexualität und Kategorien wie „Mann/Frau“ als Mittel zur Verfestigung der gesellschaftlichen Ordnung Hierarchien, Unterdrückungsmechanismen und Ausschlüsse erzeugen. *Queer* verbündet zumindest „theoretisch“ alle (sexuell) „Perversen“, und fokussiert – statt dem Einklagen von sexuell minoritären Identitäten – wird hier auf die Entprivilegierung von Heterosexualität. Theoretisch und „idealerweise“ ist *queer* somit weder als Gegensatz zu Heterosexualität noch als Synonym für „schwullesbisch“ zu verstehen; es stellt vielmehr die glatte Einteilung in „Frau/Mann“, in „Hetero/Homo“ in Frage. Mit *queer* wird bezweifelt, dass eine (angeblich) fixe Geschlechtsidentität auch eine sichere sexuelle Identität zur Folge hat. Sexualität, ihre Einteilung in homo/hetero, und vorherrschende sexuelle Praktiken werden als Normierungen begriffen.

Wider die Eindeutigkeit von Identitäten

Queer theories und *politics* verstehen sich weiters als identitätskritisch. Identitätsmodelle gelten als problematisch, weil diese zu Abschluss nach außen hin neigen und genau festlegen, wer dazu gehört und wer nicht. Weiters wird dadurch jegliche Differenz innerhalb einer Identitätsposition eingeebnet und unsichtbar gemacht; auf Mitgliedern einer Gruppe lastet moralischer Druck, dem Gruppenbild zu entsprechen. Nancy Fraser (2000) hat darauf aufmerksam gemacht, dass durch

Identitätspolitik somit nicht unbedingt mehr Akzeptanz erreicht wird, sondern eventuell nur die Abgrenzung stärker wird. Durch eine Aufspaltung in immer mehr einzelne, abgegrenzte Identitäten geraten der Begriff der Gemeinsamkeit sowie die Komplexitäten im Leben der Menschen aus dem Blickfeld.

Identitäten beschreiben nicht angemessen, wie Menschen in eine Vielzahl von Herrschaftsstrukturen eingebettet sind, die in einem komplexen Wechselverhältnis stehen. Die Kritik am Identitätsmodell schließt somit auch die Erkenntnis ein, dass soziale Gruppen nie vollständig und *richtig* unterschieden werden können. Wenn Sexualität nicht von Verarmung, Rassismus oder hierarchischen Geschlechterverhältnissen trennbar ist, dann wird sexuelle Identität als eigenständige Identität auch problematisch. Anstatt eine vereinfachende Single-Issue-Politik zu verfolgen, läuft unter *queer politics* ein Programm, das den Herstellungsprozess von angeblich natürlichen Identitäten politisiert. Die „Natürlichkeit“ von Geschlecht beispielsweise wird als politische Anweisung und der Verweis auf die Bedeutung der Institution „(Hetero-)Sexualität“ bei der Herstellung und Stabilisierung der Geschlechter als politischer Akt begriffen (Genschel 1997).

Queer Politics und soziale Verhältnisse

Probleme im Zusammenhang mit einem derartigen Politikkonzept zeichnen sich schon länger ab, vor allem jenes, dass *queer* aufgrund

seiner „Hippness“ sofort auch von Marktinteressen vereinnahmt wurde: *Queer* fungiert heute vor allem als Synonym für „schwullesbisch“, das einen über Konsum definierten Lifestyle markiert. Weiters wird fälschlicherweise allzu oft davon ausgegangen, dass eine Kritik an geschlechtlichen und sexuellen Eindeutigkeitsnormen auch automatisch Herrschaftssysteme und soziale Ungleichheiten attackiere (Engel 2002). „VerUndeutigung“ als soziale Praxis läuft so Gefahr, reine Zelebration sexueller und geschlechtlicher Uneindeutigkeit zu sein. Die Kritik an *queer politics* richtet sich somit auch vorwiegend auf den Vorwurf, dass soziale Ungleichheiten vernachlässigt und in der politischen „Praxis“ oft kapitalistische Verhältnisse oder auch Kategorien wie „race“ von queeren Analysen abgekapt würden². Mehr noch: Das „neue“, fragmentierte queere Subjekt scheint beinahe deckungsgleich mit den Flexibilisierungsanforderungen neoliberaler Subjektivität.

Wenn politische Bewegungen in Sozialpolitik – die auf Rechte und Befreiung durch Gesetzgebung pocht – und Kulturpolitik eingeteilt werden, so geht damit eine Trennung von Anerkennungs- und Umverteilungspolitik einher. Auf dieser Unterscheidung beruht auch die Kritik, dass queere Politiken nur auf Anerkennung von marginalisierten sexuellen Identitäten fokussieren würden und das Thema der Umverteilung auf der Strecke bliebe³. Die Philosophin Antke Engel (2002) weist darauf hin, dass Nancy Frasers Unterscheidung in „Anerkennung versus Umverteilung“ zu kurz greift, weil sie nicht berücksichtigt, wie gesellschaftliche Bedeutungsproduktionen und „real“ gelebte Verhältnisse ineinandergreifen: Diskursive und materielle Verhältnisse sind miteinander verknüpft. Zwar haben sich *queer politics* mit ihrem Fokus auf mediale und kulturelle Praktiken einer Politik der Repräsentation verschrieben; genauso, wie aber Diskurse Auswirkungen auf das Soziale haben können, so können auch kulturelle Politiken als Interventionen im Sozialen begriffen werden⁴. Wie Prozesse der VerUndeutigung mit Materialität zusammenhängen und wie Denormalisierung auch einen Abbau struktureller Privilegien zur Folge haben könnte, zeigt sich am Beispiel der Homo-PartnerInnenenschaft.

Homo-Ehe als Eindeutigkeit

Am Beispiel der Homo-Ehe, die schon an anderen Stellen⁵ als möglicher Rückschritt und konservative Anpassung interpretiert wurde, zeigt sich einerseits, dass in zeitgenössischer österreichischer Schwulen- und Lesbenpolitik das Verhältnis zu Rassismus, Klassen- und



Geschlechterverhältnissen so gut wie gar nicht thematisiert wird; andererseits wird deutlich, wie mittels einer *anpassenden Normalisierung* (Genschel 1997) eine Integration in die Normgesellschaft vorstatten geht.

Aus queerpolitischer Sicht ist die Homo-Ehe aus mehreren Gründen problematisch: Eine Homo-PartnerInnenschaft erfordert erstens sozio-sexuelle Eindeutigkeit: Sie setzt eindeutig binär unterschiedene Geschlechter voraus und stellt sie erneut her, und sie sortiert das gesellschaftliche Personal nun auch entlang homo-/heterosexueller Identitäten. Aus der Sicht des Staates wird nun ein größerer Teil der Gesellschaft gesellschaftspolitisch und steuerrechtlich „handhabbar“.

Durch die Homo-Ehe wird eine Einteilung der Menschen in „heiratswillig“ und „verpartnerungsresistent“ verstärkt. Lediglich die sich als homosexuell bezeichnenden *Paare* erhalten einen ähnlich privilegierten Status wie die Hetero-Ehe. Dabei wird übersehen, wie eine derartige Regelung möglicherweise eine Tendenz verstärkt, andere Weisen, Sexualität und Intimität zu leben, abzuwerten. Wie Degele, Dries und Stauffer (2002: 148) argumentieren, zielt die Forderung nach der Homo-Ehe also „gerade nicht auf die rechtliche Absicherung und gesellschaftliche Integraton alternativer Lebensformen, sondern auf die Fortschreibung traditioneller, exklusiver und heterosexuell normierter Paarungsmuster ab“. Wenn die *Grünen Andersrum* beispielsweise verkünden, „der ZIP ist für gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare offen, damit alle ihre PartnerInnenenschaft rechtlich so absichern können, dass sie an die heutigen Bedürfnisse angepasst sind. So just get zipped!“ (*Die Grünen Andersrum Online*), dann wird vor dem oben skizzierten Hintergrund deutlich, dass das hier gemeinte „alle“ ein sehr begrenztes ist: Sexuell UnEindeutige, verpartnerungskritische Menschen, Dreier-Beziehungen usw. fallen mit dieser Zweierpaarnorm völlig aus dem Blickfeld. Klar wird auf dieser Ebene, dass das Aufgeben einteiler Fixierungen oder Definitionen von Geschlecht (in Bezug auf die Ehe) auch materielle Umverteilungseffekte zur Folge haben würden, die Privilegien abbauen würde.

Mit diesem Artikel wollte ich erstens argumentieren, dass *queer politics* nicht als Anerkennungs- oder Identitätspolitik zu verstehen sind, sondern dass sie sich ausgehend von Machtkritik in einem Spannungsverhältnis bewegen, das zwischen Identität, deren Dekonstruktion und vorläufigen Identitäten hin und her oszilliert⁶. *Queer politics* stellen für mich auch einen Versuch dar, Gemeinsamkeiten jenseits von (fixen)



Identitäten zu finden und zu leben und die Bereiche des Politischen und Politisierbaren zu erweitern⁷.

Queeres Politisieren und Theoretisieren muss die eigene sozio-ökonomische usw. Verortung als privilegiert oder marginalisiert berücksichtigen: Nur so kann ein widerständiges Handeln entstehen, das gleichzeitig auch in herrschende Machtverhältnisse eingreift. Auch wollte ich zeigen, dass Verpartnerungen nicht einfach reine Privatveranstaltungen, sondern vom Staat höchst regulierte Beziehungsformen sind. Widerständig *queer* „sein“ könnte dann auch das Schaffen völlig neuer Arten des Zusammenlebens bedeuten. Heiraten-Wollen würde ich eher nicht dazu zählen.

Anmerkungen:

- ¹ Hiermit intendiere ich aber nicht eine Festlegung dessen, was queere Politik ist.
- ² Wie beispielsweise Rosemary Hennessy (2000) argumentiert, fallen die Zusammenhänge zwischen (homo-)sexueller Identität und Konsum im Spätkapitalismus vollkommen unter den Tisch: Kritik an Identität meint offensichtlich selten Kritik an warenförmiger Identität.
- ³ Wenn zum Beispiel Nancy Fraser (2000) kulturelle Politiken als solche definiert, die sich durch eine Anerkennungsforderung auszeichnen, so wird *queer* wieder fälschlicherweise als identitär und eben nicht als identitätskritisch festgeschrieben.
- ⁴ Die Aktionen von *Act Up* beispielsweise sind nicht unter dem Blickwinkel von Anerkennung zu analysieren, sondern unter dem des reinen Überlebens; soziale Ungleichheit war hier meistens mit thematisiert.



- ⁵ Siehe beispielsweise Bubeck (2000).
- ⁶ Das Plakat im Rahmen der Aktion „Akzeptanz statt Toleranz“ des HomoBiTrans-Referats der Uni Wien kann als ein derartiger Versuch gewertet werden: Mittels Portraïtbildern von Zugehörigen minoritärer Gruppierungen, die aber dann nicht mit den auf die erste Vermutung passenden Zuschreibungen versehen wurden (eine glatzköpfige Butch als Nonne, eine Junge Frau als Pensionistin), wurde eine grundlegende Strategie der VerUneindeutigung verfolgt, die Identitäten meiner Meinung nach nicht als unbedingt fixe repräsentiert und das eingelernte Schubladendenken auf die Probe stellt.
- ⁷ Hierzu zähle ich auch die Aufweichung der strikten Trennlinien zwischen Praxis und Theorie oder Kultur/Lust und Politik/Kritik.

Literatur.

Bubeck, Ilonsa (Hg.) (2000): *Unser Stück vom Kuchen? 10 Positionen gegen die Homo-Ehe*. Berlin
 Degele, Nina/Dries, Christian/Stauffer, Anne (2002): *Rückschritt nach vorn. Soziologische Überlegungen zu „Homo-Ehe“, Staat und queerer Liebe*. In: polymorph (Hg.): *(k)ein geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive*. Berlin
 Fraser, Nancy (2000): *Rethinking recognition*. *New Left Review*, 3, May/June 2000: 107-120
 Engel, Antke (2003): *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankfurt/M.
 Genschel, Corinna (1997): *Umkämpfte sexualpolitische Räume. Queer als Symptom*. In: Etgeton/Hark (Hg.): *Freundschaft unter Vorbehalt. Chancen und Grenzen lesbisch-schwuler Bündnisse*. Berlin: 77-98
 Grüne Andersrum: <http://wien.gruene.at/andersrum/forderungen.htm>
 Hennessy, Rosemary (2000): *Profit and Pleasure. Sexual Identities in late capitalism*. New York

Denke zumindest so differenziert wie die Wählerstromanalyse!

Gruppe Or-Om

Es erscheint bisweilen bereits als halsstarrig oder verschoben, immer wieder die gleichen Aspekte zu wiederholen, um die Theoriediskussion auf ihre Unterkomplexität und die Gefahr einseitiger Trivialisierung („Sozio-Pop“) aufmerksam zu machen. Erfolg fraglich!

Wenn in diesem Heft danach gefragt wird, die aktuellen Polarisierungen zwischen Identitätspolitik und Machtkritik, zwischen einer Politik der Anerkennung (bestehender Sozial- und Machtstrukturen) und der Verteilung in einzelnen Minderheitenbewegungen zu untersuchen, die Möglichkeiten machtkritischer Ansätze für die politische Praxis nutzbar zu machen oder die Frage zu klären, ob der Begriff der *Klasse* mit anderen *Differenzen* bzw. *Identitäten* vereinbar sei, gilt dies neuerdings.¹

Suche eine Theorie, in der *alle* Aspekte (Klasse, Differenz und Identität) einzeln und in allen Wechselwirkungen sichtbar gemacht werden (Differenziertheit der Wählerstromanalyse)! Die Soziologie, oft Trittbrettfahrerin der wechselnden philosophischen Moden, wandert von einem Aspekt zum anderen (Klasse, Gender, sexuelle Orientierung, Ethnizität usw.) und lässt den Rest wiederum beiseite. Wenn du kompetent arbeiten willst, musst du alle Aspekte gleichzeitig und in Wechselwirkung ansetzen!

1. Differenz: Schicht(Klassen-)modell

Eine moderne Mehrheitsgesellschaft in Europa besteht, von oben nach unten betrachtet, aus etwa folgenden Schichten:

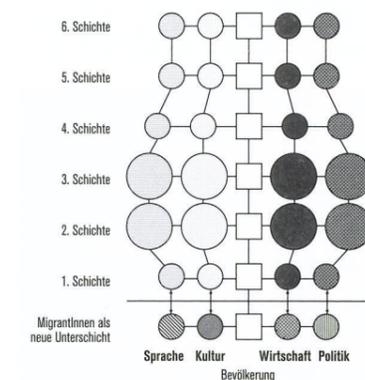
6. Schichte: „große“ Selbständige, höchste Angestellte und Beamte, freiberufliche AkademikerInnen; 5. Schichte: „kleine“ Selbständige; 4. Schichte: mittlere Angestellte und Beamte; 3. Schichte: niedere Angestellte und Beamte; 2. Schichte: FacharbeiterInnen; 1. Schichte: HilfsarbeiterInnen und angelernte ArbeiterInnen.

Geht man vom Ideal zunehmender Egalität aus², bedeutet Schichtung daher ein strukturelles *Diskriminierungskondensat* mittels politischer Konstruktion. Schichtung mit Über- und Unterordnungen ist Erzwingung

inadäquater Differenz durch differenzierte Macht. Die Machtkritik hat daher historisch weiterhin die Aufgabe, soziale Zustände zunehmender Egalität einzumahren und in pragmatisch historischen Forderungen anzustreben. Der *Klasse*-Begriff – hier als Schichtbegriff differenziert – ist daher für weitere evolutive Schritte *unerlässlich*, die aber nicht durch reine Dekonstruktion des Bestehenden, sondern nur durch evolutive Veränderung bestehender sozialer Konstrukte und Konfigurationen erzielt werden kann.

1.1. Differenz: Ebenen

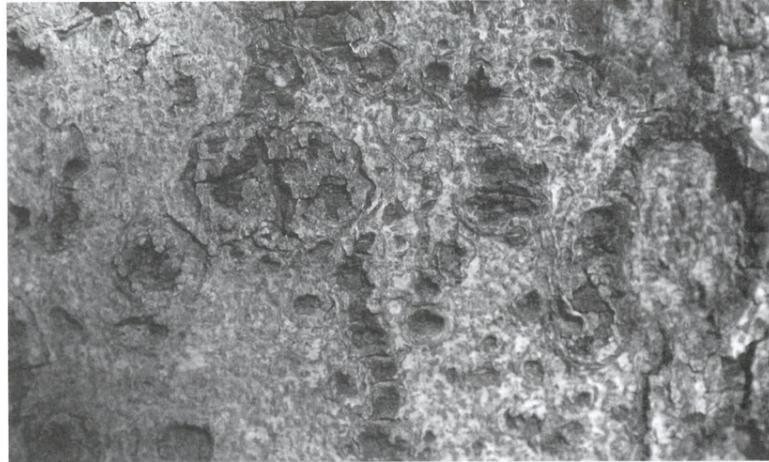
Alle Schichten sind bestimmt durch spezifische *sprachliche* (S), *wirtschaftliche* (W), *politische* (P) und *kulturell-religiöse* (K) Konstrukte, die über den Schichtaufbau miteinander verbunden sind und im folgenden Modell als *Ebenen* erscheinen. Die Ebenen der Gesellschaft sind eine weitere Differenz. Jede Schichte ist eine „Scheibe“ im Modell, die äußeren Kreise bedeuten die Zugehörigkeit zu den Ebenen, im Zentrum der Scheibe befindet sich die Bevölkerung, welche in dieser Schichte lebt³.



Hier wird also der machtheoretisch bereits aufgeladene Klasse-(Schicht-)Begriff weiter kontextualisiert, erfährt eine weitere Differenz. Jede/r hat eine – wohl durch erzwungene soziale Konstruktion – geprägte *Schichtidentität*, die durch sprachliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Elemente weiter bestimmt wird.

Armin Thurnher beendet jeden seiner Leitartikel im „Falter“ in der Tradition von Cato mit einer *stehenden Redewendung*: „Im Übrigen bin ich der Meinung, der *Mediamil-Komplex* muss zerschlagen werden.“ Ähnlich könnte man die Haltung der Gruppe Or-Om zur Frage der politischen Minderheitentheorie kennzeichnen: „Denke in der kritischen Analyse und der politischen Praxis der Veränderung von Machtstrukturen zumindest so komplex wie die Wählerstromanalyse!“

Gruppe Or-Om:
<http://or-om.org>



Die gesellschaftliche Macht ist jedoch nicht eine dunkle, brutale Wolke, die gleichsam amorph über den Unterdrückten liegt. Macht ist vielmehr ein Geflecht hochdifferenzierter *Konflikt- und Konfrontationsfelder* zwischen – in mehreren Schichten und auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft in einem labilen Gleichgewicht verteilten (konkurrierenden) – *partialen Verfügungs-, Steuerungs- und Strukturierungspotenzialen von Wissen, Sozialverhalten und Ressourcen*. In den Konfliktfeldern herrschen instabile Balancezustände. Macht ist in der Gesellschaft auf allen Ecken und Enden (omnipräsent). Wenn Michel Foucault Macht „durch einen dynamischen Prozess von polymorphen Kräfteverhältnissen, durch lokale, heterogene Kämpfe und Auseinandersetzungen“, als „Netz, das die Familie, sexuelle Beziehungen, Wohnverhältnisse, Nachbarschaft, Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse, die Psychiatrie durchläuft“, als „produktives Netz, das den ganzen sozialen Körper überzieht“ erfasst,



sind diese Aspekte in den Differenzen 1. und 1.1. leicht unterzubringen und werden in diesem Rahmen pragmatisch in ihren Wechselwirkungen konkretisiert.

1.2. Differenz: Die Machtbarriere

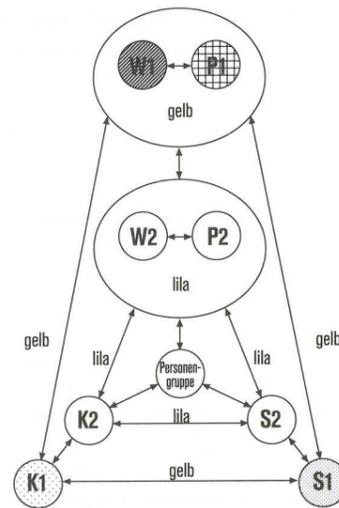
Unter den untersten heimischen Fach- und HilfsarbeiterInnenschichten bildeten sich neue Minderheitenschichten. Hier liegt eine harte Machtbarriere. Zwischen den MigrantInnenschichten und den Einheimischen entwickelten sich grundsätzlich Spannungstendenzen, die über jene zwischen heimischen Schichten weit hinausgehen (Weitergabe von Abgrenzungsdruck nach unten als Ausgrenzungskonstrukte, Folge der oben beschriebenen, über Macht verzerrten Schichtstrukturen).

Es besteht ein realer Ressourcenkonflikt zwischen diesen Schichten hinsichtlich des Zuganges zu Arbeit, Wohnung, Schule, Freizeit, ärztlicher Versorgung und sonstigen gesellschaftlichen Möglichkeiten.⁴ Dieser

Konflikt ist für die Machttheorie von großer Bedeutung. Die gesellschaftliche Macht auch der inländischen ArbeiterInnenschichten und die soziale Machtlosigkeit der neuen MigrantInnenschichten sind hier das wichtigste Konfliktfeld für Machtverteilung und Identitätspolitik.

2. Differenz: Baukastenmodule

Hier begegnen wir einem weiteren Element von *Differenz*, das derzeit besonders als Hybridität⁵ reformuliert erscheint, von uns jedoch seit Jahrzehnten elaboriert wurde.



Dass MigrantInnen multiple *Bindestrich-Identitäten* besitzen, sollte bereits allgemein anerkannt sein. Aus dem ersten Element ergeben sich wie in einem Baukastensystem die Module für alle Varianten multipler Schichtidentitäten, welche der/die Einzelne oder eine *pressure group* der MigrantInnen gesellschaftlich konstruieren, repräsentieren oder fordern. Die LeserInnen mögen die folgende Skizze benutzen.

Der Baukasten besteht a) aus einem *gelben* Set mit folgenden Modulen (der Mehrheitsgesellschaft): gelbe wirtschaftliche (W1), politische (P1), kulturell-religiöse (K1) und sprachliche (S1) Identifikationskonstrukte der vergleichbaren InländerInnen-Unterschichten, die gelb einzufärben wären, und b) aus einem *lila* Set mit lila wirtschaftlichen (W2), politischen (P2), kulturell-religiösen (K2) und sprachlichen (S2) Identifikationskonstrukten des Herkunftslandes oder der *community* der MigrantInnen, die lila einzufärben wären.

MigrantInnengruppen und alle Repräsentationsinstanzen (siehe unten 3) konstruierten, und (werden) bilden weiterhin aus diesen Baukastenmodulen ihre Vorstellungen über Minoritäten-Identitäten (z. B. Verstärkung gelb und Abschwächung lila; Balance von



Konstruktionsproblem von Identitäten stellen muss.

Ergebnis: Wenn du in der Minderheiten-theorie Fragen der Macht, Differenz und Identität analysierst:

Denke zumindest so differenziert, wie die Wählerstromanalyse! Wenn du die omnipräsenten Kampffelder der Macht im Gesellschaftskörper verändern willst, suche neue, ausreichend differenzierte *universalistische* Modelle, in denen du allzu rigide Theorien der Macht abschüttelst, die selbst den Anspruch auf Universalität stellen⁶, ohne es zuzugeben, und welche selbst über dich begrenzende Macht ausüben.

Anmerkungen:

¹ Wobei die Überlegungen in der STIMME Nr. 44 über die politische Konstruktion der MigrantInnen-Identität zwischen Theoriekorsett und Komplexitätsverkürzung als Ouvertüre lesbar sind.

² Vgl. <http://or-om.org/Grundrechtskatalog.htm>, der auch Perspektiven einer universalistischen Überwindung des postmodernen Dekonstruk-

ktiv gelb und positiv lila; Reduzierung bis Ablehnung von gelb und Verstärkung von lila; Ablehnung gelb und Ablehnung lila in allen oder einzelnen Modulen). Auch hier ist es Aufgabe der Machttheorie, zu bedenken, welche Identitätsstrategien angesichts dieser Komplexität über welche Machtmittel seitens der Minderheiten erreichbar sind.

3. Differenz: Machtstrukturen und Ideologiemilieus

3.1. Repräsentation durch die Mehrheitsgesellschaft:

Bekanntlich wurden ursprünglich infolge der Machtverteilung die politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Interessen der MigrantIdentitäten überwiegend durch Macht-Instanzen der Aufnahmegesellschaft paternalistisch definiert, konstruiert, repräsentiert und erzwungen.

3.2. Neue *pressure groups*:

„Verzicht auf die Bevormundung durch ‚Gutmenschen!‘“ Die über Machtmechanismen erzwungene paternalistische Vorgabe und Definition dessen, was die MigrantInnen an „Integration“ zu leisten hätten, die theoretische und praktische Verfügung über ihre Identität, die inhaltliche Taktik ohne Veränderung der rechtlich-politischen Ausgrenzung und Unterdrückung im Rahmen vor allem der politischen Macht der VertreterInnen der inländischen Fach- und Hilfsarbeiterschichten und anderer Ideologiemilieus, führen zu radikaleren, selbstbewussten Organisationen der MigrantInnen außerhalb der paternalistischen Vorfelddorganisationen, zu denen sie sich in Opposition stellen.

3.3. Weitere Minderheiten-Organisationen:

Das Spektrum ist zweifelsohne durch Vereine und Organisationen der Minderheiten zu ergänzen, die – teils „links“, teils „rechts“ orientiert – eher in kontrastierendem Isolationismus eine Erhöhung der jeweiligen *lila ethnischen und/oder religiösen Wertmodule* zum Zwecke von *Identitätsstabilisierungen* verfolgen.

Eine grobe Übersicht über die ideologischen Spannungen aller bestehenden und möglichen politischen Repräsentations- und Machtinstanzen der *Mehrheitsgesellschaft* (z. B. FPÖ-rechts; ÖVP-bürgerlich-rechts; katholisch-rechts; katholisch-links; protestantisch-links; sozialdemokratisch-links-SPÖ; Grüne; außerparlamentarisch-links;) und der *Minderheiten* (z. B. kurdisch-rechts/links; türkisch-rechts/links; [kroatisch, serbisch, bosnisch, albanisch]-rechts/links; afrikanische Gruppen) hätte den Rahmen zu bilden, dem sich der Diskurs im Spannungsfeld zwischen Machtkritik, Differenztheorie und



tivismus und limitierter Machtkritik enthält. Die Machttheorie Foucaults etwa wird durch Strategien der universalistischen Harmonisierung von omnipräsenten Verhältnissen des „Zufalls des Kampfes“ überwunden, Überlegungen die im Theoriekorsett Foucaults nicht aufscheinen können, weil er bestimmte epistemische Möglichkeiten ähnlich wie Nietzsche „bekämpfte“. Auch sein „Kampf“ ist aber durch neue Konstellationen überwindbar.

³ Näheres zu den Details des Modells siehe etwa: <http://or-om.org/Migrationsprobleme.htm>.

⁴ Für die Eliten der MigrantInnen, die nicht in diesen Schichten leben, gelten ähnliche Ausgrenzungskräfte in ihren *Vergleichsschichten*.

⁵ Vgl. etwa polylog, Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren. Heft 8/2001. Wien.

⁶ Entweder ist etwa die Machttheorie Foucaults universalistisch (was sie nicht sein darf), oder aber sie wird, wenn man sie auf sich selbst anwendet, durch sich selbst zerstört. Diesbezüglich schrieb schon Jürgen Habermas richtig: „Der Sinn von Geltungsansprüchen besteht also in den Machtwirkungen, die sie haben (...), diese Grundannahme der Theorie (Foucaults) ist selbstbezüglich; sie muss, wenn sie zutrifft, die Geltungsgrundlage auch der von ihr inspirierten Forschungen zerstören“.

„Sie haben es erfasst. Genetisch betrachtet, besteht die einzige Überlebenschance von Männern in der Wiederholung des Immergleichen. Wehe, Männer stellen sich dieser Aufgabe nicht! Sie verblöden unter der Hand! Aus diesem Grund trainiere ich einen Schlag, den ich vor vielen Jahren erlernte, immer wieder aufs Neue ein. Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass die Zeitintervalle der Auffrischkurse mit zunehmendem Alter kürzer werden.“

Der Duffek-Schlag oder Die Wiederholung des Immergleichen

Erwin Riess

Vor der Liebnitzmühle in Raabs an der Thaya traf der Dozent während des nachmittäglichen Joggens auf seinen Bekannten Groll, der – und dies machte die Überraschung für den Dozenten groß – sich nicht im Rollstuhl fortbewegte, sondern in einem einsitzigen Paddelboot. Groll war im Begriff, die Thaya flussabwärts zu fahren. Seinerseits ebenfalls aufs Äußerste überrascht, wendete Groll das Boot, indem er das Paddel hinter dem Körper senkrecht ins Wasser stieß und mit einer eleganten Bewegung das Kajak zur Seite drehte. Mit ein paar Schlägen paddelte er ans Ufer, wo der Dozent, der Groll entgegengelaufen war, das Boot fixierte.

„Dieses gewagte Manöver hätte schief gehen können“, sagte der Dozent und fügte hinzu: „Was, um alles in der Welt, führt Sie ins Waldviertel?“

„Eben dieser Schlag“, erwiderte Groll. „Er ist nach dem berühmten tschechischen Paddelsportler Milo Duffek benannt, der diesen Schlag, der längst zum Standardrepertoire von Paddlern zählt, in den fünfziger Jahren entwickelte. In jungen Jahren verbrachte ich einen ganzen Sommer damit, ihn unter

Anleitung eines kundigen Freundes zu erlernen. Wir übten den Schlag in den Seitenarmen der Donau, im Unterlauf der Krems und am Purzelkamp. Unser bevorzugtes Trainingsgebiet aber war die Thaya. Der Duffek-Schlag ist deswegen so bedeutsam, weil er allein es ermöglicht, eine verblockte Fahrinne den Regeln des Sports gemäß, das heißt: gefahrlos zu passieren.“

„Wie interessant“, sagte der Dozent und bemühte sich, mit den Schuhen am glitschigen Ufer nicht abzurutschen. „Und warum üben Sie den Dussel-Schlag?“

„Duffek-Schlag“, unterbrach Groll.

„Pardon, den Duffek-Schlag. Warum üben Sie diesen Schlag an diesem von der Zivilisation abgeschiedenen Ort?“

„Wie kommen Sie darauf, die Liebnitzmühle der Zivilisationsferne zu zeihen?“ fragte Groll und kühlte sein Gesicht mit ein paar Spritzern Flußwasser.

„Weil Handys hier keinen Empfang haben“, erwiderte der Dozent. „Aus diesem Grund ziehen ältere Herren sich gern mit ihren Amantinnen hierher zurück und genießen den zivilisationsfreien Raum, der von einem heimeligen Restaurant mit her-

vorragender Küche und erlesenen Weinen auf das Charmanteste umrahmt wird.“

„Das ist aber nicht der wahre Grund, der Sie ans Gestade der Thaya führt“, warf Groll ein.

„Sie haben recht. Ich besuche jedes Jahr das Poetenfest auf der Burg Raabs. Ich schätze die zwanglose Atmosphäre und lausche mit Interesse den Lesungen und Theateraufführungen. Heuer abend bringt der von mir bewunderte Theaterschauspieler Josef Bierbichler ein Einpersonenstück des Norweger Dramatikers Jon Fosse zur Aufführung. Das Stück namens ‚Der Gitarrespieler‘ handelt von der Zuschreibung von Identitäten; von der Fremd- und Eigenzuschreibung, wohlgerne!“

„Ihr Spezialgebiet“, sagte Groll. „Ich weiß.“

„Und was, geschätzter Groll, führt Sie nun hierher?“ Der Dozent schüttelte seinen Arm aus.

„Der Duffek-Schlag, ich sagte es bereits. Er muß trainiert werden. Ich habe mich zur Auffrischung meiner Paddeltechnik ins Waldviertel begeben. Da ich als Mann ein Träger von Y-Chromosomen bin und Männer bekanntlich einmal gewonnene Informationen immer wieder ohne Variation wiederholen, während Frauen mit ihren X- und Y-Chromosomen beständig neue Informationen integrieren können, sehe ich mich gezwungen, alle paar Jahre hierher zu kommen.“

„Sie sind also nicht zur Sommerfrische hier –“

„Sondern zur Auffrischung der Schlag-

technik. Sie haben es erfasst. Genetisch betrachtet, besteht die einzige Überlebenschance von Männern in der Wiederholung des Immergleichen. Wehe, Männer stellen sich dieser Aufgabe nicht! Sie verblöden unter der Hand! Aus diesem Grund trainiere ich einen Schlag, den ich vor vielen Jahren erlernte, immer wieder aufs Neue ein. Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass die Zeitintervalle der Auffrischkurse mit zunehmendem Alter kürzer werden.“ Groll zog das Boot jetzt ganz ans Ufer und arretierte das kleine Schiff mit dem vor dem Körper quergelegten Paddel, das an beiden Bugwänden und am Wiesenufer auflag.

Es sei seit langem bekannt, dass weibliche Eizellen wesentlich widerstandsfähiger als männliche Samenzellen seien, meinte der Dozent. Letztere würden bei jeder Abweichung vom Idealmaß an Temperatur und Nährstoffgehalt zugrunde gehen, weibliche Eizellen hingegen würden mit den schwersten Einschränkungen fertig. Das sei auch der Grund, warum in Krisenzeiten mehr Mädchen als Buben geboren würden. Man könne dies in Kriegs- und Hungerzeiten immer wieder feststellen.

Auf diese Art würden weibliche Eizellen für das Überleben der Menschheit dieselbe Rolle spielen, wie die Trauben des Blauen Portugiesers, erwiderte Groll. Die gedeihen auch auf Linoleum und Beton und stellen somit auch unter schwersten klimatischen Bedingungen die Basisversorgung der Bevölkerung mit Wein sicher. Der Dozent wies diesen Vergleich als frauenfeindlich zurück. Groll widersprach: Der Vergleich sei

eine Verneigung vor der Widerstandskraft des weiblichen Geschlechts.

Auch diese Äußerung sei diskriminierend, entgegnete der Dozent. Hinter dem positiven Urteil lauere ein Moment der Abwertung und Distanzierung, das sich aus Neid und Unterlegenheitsgefühlen speise.

Das Gegenteil sei der Fall, entgegnete Groll. Er wisse sehr wohl, dass neuere Erkenntnisse der Biotechnologie darauf hinausliefen, dass das Geschlecht doch stärker genetisch bedingt sei, als bisher angenommen; schon gar nicht sei das Geschlecht eine gesellschaftliche Zuschreibung. Ihn selber könne diese Nachricht aber nicht erschüttern, da er ohnehin immer davon ausgegangen sei, dass ihm das Geschlecht von einem Donaupinguin zugeteilt worden sei.

Der Dozent nannte Groll daraufhin einen in der Wolle gefärbten Reaktionär, der sich bei Argumentationsnotstand in skurrile Geschichten flüchte, worauf Groll mit der Bemerkung konterte, nur verlorene Charaktere würden die weite Fahrt ins Waldviertel auf sich nehmen, um ein Stück über einen verlorenen Charakter zu sehen.

So stritten die beiden, bis die Dämmerung hereinbrach. Dann holte der Dozent den Rollstuhl und half Groll aus dem Boot. Wenig später setzten die beiden den Disput im Stübchen des Restaurants bei Schremser Bier und tschechischem Krautfleisch fort. Die beiden hatten einen guten Abend, der Dozent versäumte das Theaterstück, Groll verbreiterte sich über die Geschichte des Paddelsports. In den Standpunkten näherten sie sich nicht an.



Thema-Fotos: Mehmet Emir

Erwin Riess ist Schriftsteller, langjähriger Aktivist in der Behindertenbewegung, Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten und STIMME-Autor. Zuletzt erschienen: „Die Ferse des Achilles. Zur Bedeutung behinderter Menschen für die Gesellschaft“ (Wiener Vorlesungen / edition seiden-gasse 2004) und „Stücke 1994-2004“ (Literaturedition Niederösterreich 2004).

abo@initiative.minderheiten.at

Mit einem E-Mail können Sie die Stimme abonnieren

www.initiative.minderheiten.at

Besuchen Sie unsere Website

Bitte beachten Sie unsere neue E-Mail-Adresse:

stimme@initiative.minderheiten.at

Zeit zum Umdenken: „Rassismus“, ein problematischer Begriff!

Clément Mutombo

Über den Fortbestand des Gobinismus und eine anhaltende Begriffsverwirrung: Das Konzept des „Rassismus“ ist historisch belastet und deshalb ungeeignet. Um nicht selbstgefällig zu werden, darf der glaubwürdige Kampf gegen die gobinistische Ideologie und ihre fatale Folgen sich nicht mehr dieses Begriffs bedienen.

In diesem Artikel möchte ich auf etwas hinweisen, das mir erst bei einer EU-Werbekampagne aufgefallen ist: die fälschliche Verwendung des Begriffs „Rassismus“. Meine Überlegungen bauen auf folgendem Gedanken auf: Spricht man davon, dass die gesamte Menschheit eine Rasse ist, kann wohl nicht von „Rassismus“ gesprochen werden. Denn: der Terminus „Rassismus“ impliziert, dass mindestens zwei Rassen existieren. Die Werbekampagne der EU ist somit ein Schuss nach hinten! Statt „Rassismus“ könnte meiner Meinung nach der Begriff „Gobinismus“ verwendet werden um „die Katze beim Namen zu nennen“.

Die gobinistische Ideologie

Zur Erklärung: Joseph Arthur, Graf de Gobineau (Ville d' Avray 1816 – Turin 1882), war französischer Diplomat und Schriftsteller („Les Pléiades“ 1874). Er verfasste einen Essay über die Ungleichheit der Menschenrassen, *Essai sur l'inégalité des races humaines* (1853 – 1855), der die deutschen Theoretiker des Nationalismus inspirierte. Dies nenne ich die gobinistische Ideologie.

Ich verstehe darunter ein Ideensystem, das eine Gesamtheit von philosophischen Doktrinen in sich birgt und das individuelle oder kollektive Verhalten konditioniert. Gobineau geht von einer Hierarchie aus, die auf der angeblichen Blutrassheit sowie der angeblichen Beeinträchtigung durch die Vermischung

der Rassen basiert. Merkwürdigerweise und vermutlich aus eigener Erfahrung spricht er nicht von einer „Rasse Mensch“, sondern von mehreren Menschenrassen!

Gobineaus Schrift wurde am Anfang nur zögerlich rezipiert und fand – vor allem in Frankreich – kaum Beachtung. Erst später – vor allem im Zuge des wachsenden Nationalismus in Deutschland – erlangte er zentrale Bedeutung (*Gobineau-Vereinigung*). Der enorme wirkungsgeschichtliche Einfluss Gobineaus entfaltete sich erst in Zusammenhang mit seiner Rezeption in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts, beginnend mit dem französisch-preußischen Krieg von 1870/71 und der nationalistischen Aufbruchstimmung im Zuge der Reichsgründung, als der Typus des „Ariers“ zunehmend mit den Deutschen gleichgesetzt wurde (Zerger 1997: 35).

So finden sich in seinem Werk neben einer tiefen Verachtung des Prinzips der Gleichheit ebenso Elemente der modernen Anthropologie und Physiologie wie ein theoretisches Bekenntnis zur christlich begründeten *Monogenese*, die er schließlich praktisch in einer polygenetischen Herleitung der Menschheit auflöste. Er verband die alte Vorstellung von einem zyklischen Verlauf des Auf- und Abstiegs der „Zivilisationen“ mit der Blumenbachschen „Rassen“-Lehre, deren Einteilung er auf die Groß-„Rassen“ – Weiße, Gelbe und Schwarze – reduzierte (Zerger 1997: 36). Die Nazis ließen sich auf der Suche nach einer reinen Rasse von Gobineaus Theorie inspirieren. Die Ergebnisse sind uns allen bekannt. Tatsächlich gilt Gobineau für viele Forscher als Vorkämpfer der „Aufordnung“ und somit als ideologischer Vater der modernen Pseudorassentheorie. Beispielsweise zitiere ich hier einige Wissenschaftler, um zu zeigen, wie sie Gobineau bzw. seine Theorie bezeichnen haben.

Johannes Zerger (Zerger 1997: 35) sagt: „Eine neue Phase in der Entwicklungsgeschichte der ‚Rassismus‘-Theorien markiert das

Werk des französischen Grafen Josef Arthur Gobineau (1816 – 1882), der gemeinhin als ‚Stammvater‘ des modernen Rassismus angesehen wird.“

Anton Hilckmann schreibt in seinem Geleitwort zum Buch von E.J. Young (Young 1968): „Als vor etlichen Jahren unter meinen Auspizien die Arbeit von E.J. Young über ‚Die Entstehung und Entwicklung des Gobinismus‘ entstand, habe ich es auf das Lebhafteste bedauert, dass diese Arbeit nicht gleich gedruckt und so der Öffentlichkeit zugänglich wurde ... Die Zeit, die seit der Abfassung der Arbeit verging, hat sie in keiner Weise veralten lassen, nicht nur in dem Sinne, dass m. W. seither keine einzige Arbeit erschienen ist, die ebenso umfassend und allseitig unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Vorläufer die Geschichte der ‚rassistischen‘ Geschichtsauffassungen behandelte, sondern vor allem auch aus einem anderen ebenso traurigen wie immer noch aktuell gebliebenen Grunde: zwar gehört der Gesamtbereich dieser Lehren, für die der Name Gobineau repräsentativ steht, zu den peinlichen und wohl wissenschaftlich auch erledigten Themen; aber gerade weil die Auswirkungen und Anwendungen des Rassismus und der anthropologischen Geschichtsauffassung es so schmerzlich und eindrucksvoll deutlich werden ließen, wohin – nennen wir es ruhig beim Namen! – falsche Theorien führen können, scheint es uns besonders wichtig, diese Lehren selber sowie die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen ihres Werdens im umfassenden Zusammenhang kennen zu lernen (...). Und die Weltstunde, da das Belehren und Warnen, das Hinweisen auf die Irrtümer der Vergangenheit und deren Folgen, überflüssig sein wird – eine solche Weltstunde wird wohl niemals kommen“ (Mainz, den 24. Oktober 1968).

In dem Vorwort des Buches steht: „Die vorliegende Arbeit stellt sich zur Aufgabe: einmal, die anthropologisch-rassenbiologische Geschichtsauffassung und ihre Stellung im Rahmen der geschichtsphilosophischen Systeme abzugrenzen, sodann die verschiedenen Strömungen aufzuzeigen, die zu Gobineau führen und auf denen er aufbaut, sowie schließlich die Wirkungen der Gobineauschen Lehre in Frankreich und Deutschland nachzuweisen. Es soll somit auch untersucht werden, ob man das ‚virus du Gobinisme‘ (siehe Robert Minder: *Allemagne et les Allemands*, Paris 1948, p. 32), das Werk des französischen Grafen A. Gobineau und seiner Nachfolger für den nationalsozialistischen Rassenwahn verantwortlich machen kann oder nicht.“

Für Young selber (Young 1968: 346)

gilt Gobineau „als erster Verkünder einer universalen Geschichtstheorie auf rassistischer Basis (...)“.

Das Konzept der Familie

Deswegen ist es um so erstaunlicher für mich, dass so ein Mann und besonders seine Ideologie unter Wissenschaftlern und Intellektuellen so selten erwähnt wird und damit im Hintergrund steht. Wenn wir von der Menschheit sprechen, habe ich das Gefühl, offene Türen einzurennen, weil die Wissenschaft – nämlich die richtige diesmal – uns gelehrt hat, dass es nur eine einzige Rasse gibt, deren Hauptmerkmal es ist, ständig verschiedenartige Individuen hervorzubringen. Die unvoreingenommenen Menschen verwenden aufgrund dieser wissenschaftlichen Tatsache zu Recht den Slogan „Einheit in der Vielfalt“, sprich: die *Univariété* der Menschheit.

Es ist klar, dass man weder wissenschaftlich sehr versiert sein muss, noch die Erkenntnisse der Aufklärung braucht, um das zu sehen. Tatsächlich würde es genügen, wenn jeder seine eigene Familie oder die der Nachbarn betrachtet, um zu erkennen, dass trotz der familiären Einheit, an der kein Zweifel besteht, jedes Mitglied physische Unterschiede aufweist, die die Angehörigkeit zur Familie nicht in Frage stellen. Die „Dominofamilien“ (schwarz-weiß) sind das beste lebende Beispiel für diese Einheit in der Vielfalt auf der kleinsten Ebene. Sie verdeutlichen „schwarz auf weiß“, welch unbedeutende

Rolle die Hautfarbe innerhalb einer Familie hinsichtlich ihrer Einheit spielt. Wenn man schon dem Gobinismus die Treue hält, muss logischerweise auch dazu gesagt werden, dass Gobineaus Familie aus mindestens zwei Rassen, wenn nicht aus drei, bestand, nämlich seiner eigenen, der seiner Frau und möglicherweise der seiner Töchter, denn er war mit einer Kreolin verheiratet! Sollte diese Erklärung stimmen, dann sollten wir auch das Konzept der Familie überdenken.

Die Mitglieder einer Familie haben weder immer (zum Glück!) das gleiche Geschlecht, die gleiche Größe oder Blutgruppe, noch das gleiche Gewicht. Von den differierenden psychischen Eigenschaften ganz zu schweigen ...

Die ideologische Basis des Gobinismus geht auf die Epoche der Aufklärung zurück, einer Aufklärung, die uns zumindest auf diesem Bereich eher irreführende Erkenntnisse gebracht hat! Am Anfang wollte sich ein Teil der Menschen, der sich annahm, im Namen der gesamten Menschheit zu sprechen, von anderen Lebewesen radikal unterscheiden, um sich von seiner Einzigartigkeit zu überzeugen.

Das war gestern so und wird für Ewiggestrige auch immer so sein. Heute müssen wir leider ebenfalls feststellen, dass wir trotz der schönen Redereien zu wichtigen Punkten – z. B. Heirat und Partnerwahl – diese „Farbschranken“ und damit das Erbe Gobineaus überhaupt noch nicht ganz los geworden sind! Die „Dominofamilie“, die zweifellos eine Liebe ohne Grenzen sym-

bolisiert und verkörpert, kämpft noch mit den verschleierte Vorurteilen von gestern, obwohl sie das beste Bollwerk im Kampf (der Spieß wurde umgedreht) gegen den Gobinismus darstellt.

Natur gegen Kultur

Ein Teil der Menschen setzte sich über andere Kategorien der Menschheit hinweg – Frauen, sogenannte Primitive, die zu Recht heute als „Ursprung“ anerkannt werden, Ausländer usw. –, die als *bestialisch* abgetan wurden, um sich von ihrer Besonderheit zu überzeugen. Da nahm der Irrweg erst seinen Anfang. Diese Sonderstellung zog schlicht und einfach eine scharfe Trennlinie zwischen Natur und Kultur. Daher rührt auch die Behauptung, dass der Mann mit der Kultur und die Frau mit der Natur zu identifizieren sei! Die List bestand in der Naturalisierung der Ungleichheit durch die Zersplitterung der Einheit der Menschenrasse und der Biologisierung dessen, was eigentlich auf die materiellen und sozialen Bedingungen der Menschen zurückzuführen ist.

Eine Richtigstellung im Kampf gegen die weltweite Geißel der gobinistischen Ideologie ist dringender denn je!

Obwohl man sich heute über die wissenschaftliche Ungültigkeit des Gobinismus im Klaren ist, wird er weiterhin verbreitet, indem das unpassende Konzept des „Rassismus“ verwendet wird, das statt der Einheit der menschlichen Rasse eine Vielfalt von Rassen suggeriert.





Gestern wie heute

Obwohl an der Stichtätigkeit einer solchen Diskriminierung zum Glück schon früher gezweifelt wurde, gab es weiterhin bedeutende Persönlichkeiten, die sich für die Aufrechterhaltung dieser Trennlinie stark machten. Der britische Philosoph und Autor David Hume (1711-1776) etwa, der Werke wie die *Abhandlung über die Natur des Menschen*, *Eine Untersuchung über den menschlichen Verstand* oder eine *Natürliche Geschichte der Religion* verfasst hatte, schlug vor, diese Ausgrenzung als fiktiv zu akzeptieren; er hielt sie für reine Fiktion! Diese ideologische Basis wurde trotz der regelmäßig geübten Kritik immer wieder herangezogen. Deshalb schien es mir logisch, vom Fortbestand des Gobinismus zu sprechen, denn seine Kohärenz, seine Hartnäckigkeit und seine Verwendung sind allgegenwärtig.

Es ist dem Gobinismus gelungen, im Laufe der Zeit das Wesentliche zu behalten, das heißt: den Gegensatz zwischen Natur und Kultur und die außergewöhnliche „Weißmacherei“. Für einen Essay (im Sinne von „Versuch“) über die Ungleichheit der Rassen ist ihm ein wahres Meisterwerk gelungen! Seine Nachkommen haben den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz die einzige Rasse, die Menschenrasse, in verschiedene Kategorien unterteilt, um die Ungleichheit aufrechtzuerhalten. Ihr Vorgehen ist zweifach pervers: Einerseits kritisieren sie ihren ideologischen Vater und seine Theorie – zumindest dem Anschein nach und um modern zu bleiben –, andererseits schließen sie sich Strukturen an, die sich den Kampf gegen den Gobinismus auf die Fahnen geheftet haben! Diese Situation verdeutlicht, warum

dieses Übel noch immer existiert und sogar von Generation zu Generation schlimmer wird. Das Wesen des Gobinismus, also die Ungleichheit der verschiedenen Teile der menschlichen Rasse, die von dem hinterhältigen Konzept des „Rassismus“ getragen wird, wird nicht nur aufrechterhalten, sondern im so genannten Kampf gegen dieses Übel weiter verbreitet, ritualisiert und vehement verteidigt, sodass jeglicher Gleichheitsgedanke im Keim erstickt wird.

Ist es denn möglich, von *Rassismus* zu sprechen, ohne dadurch anzudeuten, dass es mehrere sich voneinander unterscheidende *Rassen* gibt? Ich bediene mich in diesem Fall notwendigerweise des Gobinismus. Wenn ich hingegen Erkenntnisse, die der Bezeichnung „wissenschaftlich“ würdig und in diesem Bereich auch unbestritten sind, heranziehe, komme ich zu folgendem Schluss:

Ich bin gegen den Gobinismus mit seiner Pseudowissenschaft, die sich auf das wissenschaftlich unbedeutende Kriterium der Hautfarbe stützt und besagt, dass es verschiedene Rassen gibt. Noch nie war die äußerliche Erscheinung so trügerisch, dass sie ein ganzes Volk in die Irre geführt hat! Die Gobinisten haben sich mit den Äußerlichkeiten zufrieden gegeben und dabei vergessen, dass das Versteckte Gegenstand der Wissenschaft ist (Gaston Bachelard). Das wesentliche Merkmal der menschlichen Rasse ist, dass sie immer verschiedene Individuen (Geschlecht, Hautfarbe usw.) hervorbringt. Deshalb spricht man im Zusammenhang mit Menschen richtigerweise von der Einheit in der Vielfalt. Sie sind alle verschieden und gehören alle der einen menschlichen Rasse an.

Falle des Gobinismus

„Errare humanum est, perseverare diabolicum“: Irrer ist menschlich, aber aus Leidenschaft im Irrtum zu verharren, ist teuflisch.

Ich gebe zu, dass auch ich einige Zeit in die Falle des Gobinismus getappt bin; aber man lernt bekanntlich nie aus. So hat das Schlechte manchmal auch seine guten Seiten: Auf einer internationalen Konferenz gegen den Gobinismus (die Nostalgiker, die auf ihrem Irrtum beharren und das teuflische Werk weiter treiben wollen – sie haben nach diesem Artikel keine Ausrede mehr –, brauchen nur das Konzept „Gobinismus“ durch jenes hinterhältige zu ersetzen, das ich vorher erwähnt habe) haben mich die schmeichelnden Worte einer Rednerin zum Nachdenken gebracht. Sie sagte tatsächlich: „Ich bin mir zumindest einer Sache sicher, nämlich dass es in diesem Raum keine R... (Gobinisten) gibt!“.

Im Anschluss an ihr Referat habe ich mich mit einigen anderen Teilnehmern unterhalten, um zu wissen, woher die Rednerin diese Gewissheit angesichts dieses ansteckenden und weit verbreiteten Jahrhundertübels nimmt. Sie hat in ihrem Referat nicht erwähnt, einen Impfstoff gegen dieses Übel gefunden zu haben, und meiner bescheidenen Meinung nach macht die bloße Teilnahme an solchen Konferenzen oder die Zugehörigkeit zu einer Menschenrechtsorganisation niemanden dagegen immun. Sich loben stinkt nun einmal.

Zu diesem Schluss kommt die Europäische Union, zumindest wenn man ihre Sensibilisierungskampagne von 1997 ins Auge fasst: „Une seule race, la race humaine / plusieurs couleurs et plusieurs

styles“. Das Schockierende an den Texten der Europäischen Kommission ist, dass sie das hinterhältige Konzept des „Rassismus“ wieder verwendet. Selbst das Hinzufügen von Anführungszeichen verstärkt das Unbehagen. Die Begründung für dieses Vorgehen, die vorgibt, die Opfer mit einzubeziehen, ist nicht sehr plausibel und hält die Verwirrung aufrecht. Doch versteifen wir uns nicht auf die Symptome, sondern packen wir das Übel an der Wurzel, denn die Glaubwürdigkeit unseres Handelns steht auf dem Spiel.

Das Konzept des „Rassismus“ ist historisch belastet und deshalb ungeeignet. Um nicht selbstgefällig zu werden, darf der glaubwürdige Kampf gegen die gobinistische Ideologie und ihre fatale Folgen sich nicht mehr dieses Begriffs bedienen. Außerdem gibt es zahlreiche andere Konzepte, dieses Übel zu beschreiben, ohne dabei seine Opfer auszuschließen. Dennoch muss ich feststellen, dass wie so oft „der Wurm im Apfel sitzt“: Manche Autoren, deren Engagement gegen die gobinistische Ideologie und ihre verheerenden Folgen nicht angezweifelt werden kann, haben sich ebenfalls dem Jahrhunderte langen Gebrauch dieses Konzepts gebeugt. Sogar Albert Memmi, der dieses Konzept kritisiert und vorschlägt, es durch „Ethnophobie“ zu ersetzen, verwendet es – wahrscheinlich ohne sich dessen bewusst zu sein – nach drei Seiten wieder! Ich hoffe, dass ich eine Ausnahme bin und konsequent bleiben werde, denn ich bin der Meinung, dass jeder, der dieses hinterhältige Konzept absichtlich oder unabsichtlich verwendet, ins Zwielicht gerät, sodass ich ihn für einen Gobinisten halte, ganz gleich ob er das aus Opportunismus, Nostalgie oder übler Gesinnung tut.

Einheit in Vielfalt

Das Konzept vom Kampf gegen den R... ist allgegenwärtig. Institutionen werden geschaffen, Konferenzen organisiert, und das Übel, das man zu bekämpfen vorgibt, schreitet immer weiter voran. Ist es nicht an der Zeit, etwas zu ändern, sei es die Methoden oder etwas anderes? Auf diese Frage möchte ich in aller Bescheidenheit erst einmal mit dem Konzept selbst antworten und dann die Ad-hoc-Institutionen nach dem „Dominomodell“ restrukturieren.

Es scheint mir in der Tat effizienter, beispielhaft voranzugehen und zu predigen, als das bisher angewendete Ritual zu wiederholen. Man sieht es ja, wenn man das Gebäude der Vereinten Nationen in Wien, Genf oder New York betritt; man merkt sofort, dass man sich auf internationalem Boden

befindet. Die Mehrheit unserer Netzwerke und Vereine wäre glaubwürdiger, wenn sie kompetentes Personal hätte, das das „Dominomodell“ reflektiert. Auf der Basis dieses Modells könnte man dann jene Regierungen kritisieren, die die Anwendung bestimmter Empfehlungen auf die lange Bank schieben. Ziehen wir zuerst den Balken aus unserem Auge heraus, damit wir klar den Splitter im Auge der Regierung sehen können! Vergessen wir aber auch nicht, dass wir alle etwas säen und dass wir mit der Zeit und auf die eine oder andere Weise alle den Gobinismus verinnerlicht haben. Die einen säen Liebe und Freundschaft, während die anderen Hass und Zwietracht säen. Es kommt oft vor, dass wir einmal das Gute und ein andermal das Böse säen, ja sogar dass wir die falsche Saat erwischt haben, und denken, gut zu handeln, doch wenn wir uns dann das Resultat anschauen, stellen wir fest, dass wir uns getäuscht haben. Die, die behaupten, sie würden nichts säen, irren sich gewaltig: zum einen, weil – wie ich bereits oben erwähnt habe – wir alle sowieso etwas säen, und wenn es schon sein muss, dann eben bewusst; und zum zweiten, weil auf einem ungesäten Acker das Unkraut gedeiht.

Dieser Acker ist nicht nur die Welt, in der wir leben, das sind auch wir selber. Auf diesem Acker ist das Gute nicht vom Bösen getrennt. Die Schwarzweißmalerei ist längst überholt. Spreu und Weizen sind in uns selbst verwurzelt, in unserem Netzwerk, das wir zuerst einmal in „ENAG“ (*statt ENAR – European Network Against Racism, Anm. d. Red.*) umbenennen sollten. Es liegt an uns, das Übel zu erkennen, ohne strukturelle Probleme zu individualisieren.

All das muss im Dialog und gegenseitigen Respekt erfolgen, denn darauf beruht ja gerade meine Kritik: Ich sehe nicht ein, warum wir weiterhin eine Ideologie für richtig halten sollen, die die Unterschiede, die nur

Variationen innerhalb einer selben Rasse darstellen, auf Kosten der Ähnlichkeiten hervorhebt. Der Gobinismus hat immer versucht, aufgrund biologischer Kriterien eine soziale Hierarchie zu rechtfertigen. Er hat eine Vorliebe für den argumentativen Diskurs. Die Reaktionen auf meine Behauptungen werden das schwarz auf weiß beweisen.

Zusammenfassend werde ich sagen, dass bis jetzt mit einem unpassenden Begriff gegen die gobinistische Ideologie umsonst aufwendig weltweit gearbeitet wurde! Diese Herrschaftsideologie operiert nach dem Motto „Divide et impera“ und stand mit der spanischen Reconquista und der Adelsdiskussion in Frankreich im Zusammenhang (siehe Zerger 1997: 14). In beiden Fällen drückte sich das Interesse des Adels – später „Arier“ genannt – aus, die anderen Gruppen von der wirtschaftlichen und politischen Macht auszuschließen, um die Privilegien des eigenen Standes durchzusetzen. Ein glaubwürdiger Kampf gegen diese Ideologie sollte:

- unverzüglich einen Prozess des Umdenkens herbeiführen,
- diese Geißel beim Namen nennen, nämlich Gobinismus,
- die Einheit der Menschheit im Vordergrund stellen und ihre UNIVARIETÄT hervorheben.

Literatur:

- Zerger, Johannes (1997): *Was ist Rassismus? Eine Einführung*. Göttingen
 Young, E. J. (1968): *Gobineau und der Rassismus. Eine Kritik der anthropologischen Geschichtstheorie*. Meisenheim
 Minder, Robert (1948): *Allemagne et les Allemands*. Paris

Clément Mutombo,
 Soziologe und Lehrbeauftragter an der
 Universität Wien, ist Mitglied der LICRA-
 Österreich (Ligue Internationale
 Contre le „Racisme“ et l'Antisémitisme)
 und des ENA(R)-Österreich.



Die 5. Wiener Integrationskonferenz hat getagt

Hikmet Kayahan

Am 30. Oktober 2004 fand die 5. Wiener Integrationskonferenz statt. Diesmal nicht vom Wiener Integrationsfonds – der von der neuen Magistratsabteilung 17 abgelöst wurde – organisiert, sondern vom neuen „Verein Wiener Integrationskonferenz – Vernetzungsbüro“, der von den RepräsentantInnen der Konferenz gegründet wurde.

Um alle im Bereich der Integration tätigen Vereine, Gruppen und Initiativen auf einer Plattform zusammenzubringen, hatte das Kuratorium des *Wiener Integrationsfonds* die Gründung der Integrationskonferenz beschlossen. Das Hauptziel war, im Hinblick auf die künftige Integrationspolitik der Stadt eine verstärkte Kooperation und eine neue Form des Dialoges zwischen NGOs, *Wiener Integrationsfonds* und Stadtpolitik sowie Stadtverwaltung zu erreichen. Im März 1999 lud der *Integrationsfonds* zur ersten Konferenz ein.

In der Zeit danach rangierte die Konferenz zwischen revolutionärem Aufbegehren und angenehmem Zusammentreffen mit nettem Geplänkel, bis sie dann irgendwann weder von der NGO-Szene noch von der Politik, und schon gar nicht mehr von Presse und Öffentlichkeit ernst- oder wahrgenommen wurde. So verpuffte z. B. die wichtige Resolution gegen den so genannten Integrationsvertrag der Bundesregierung, verabschiedet auf der Sondersitzung der Konferenz im Oktober 2001, weil sie von der Politik einfach nicht wahrgenommen wurde, und somit weder eine Diskussion auslöste, noch zu irgendwelchen Korrekturen des umstrittenen „Vertrags“ führte.

Vernetzung aus eigener Kraft

Die Stadt Wien hat nun eine Ära der Diversitätspolitik eingeleitet; der *Wiener Integrationsfonds* wurde aufgelöst; eine neue

Magistratsabteilung (für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten) wurde gegründet; das neue Motto heißt nun „vom Rand in die Mitte“. Diese Veränderungen auf politischer und Stadtverwaltungs-Ebene werden auch zu einer Umstrukturierung der Wiener MigrantInnen-Szene führen (ohne im Augenblick genau zu wissen, welche tatsächlichen Konsequenzen zu erwarten sind). – Eine wichtige Zeit der Veränderung wurde eingeläutet, und gerade jetzt ist es von immenser Wichtigkeit, dass NGOs der MigrantInnen-Szene sich zu Wort melden, um aktiv und nachhaltig an den Veränderungsprozessen zu partizipieren und ihre Interessen zu vertreten.

Aus dieser Situation heraus wurde der Konstituierungsprozess des *Vereins Wiener Integrationskonferenz – Vernetzungsbüro* mit einer bis dahin ungekannten Einigkeit der MigrantInnen-Szene eingeleitet. Die Konferenz am 30. Oktober 2004 wurde (noch von der Stadt finanziert) bereits vom autonomen Verein organisiert. Mit einem solidarischen Kraftakt ging eine Mobilisierung durch die Szene, mit Stand 30. Oktober zählte der neue Verein bereits 125 Mitgliedsvereine. Allein dieser Umstand war viel versprechend: Erstmals war es gelungen, aus eigener Kraft eine so große Zahl von Vereinen zur Vernetzung zu bewegen.

Die Grundidee hinter dieser Mobilisierung war, die Wiener Integrationskonferenz als übergeordnete Plattform, die koordinierend und entwickelnd politische Strategien erarbeitet und anbietet, zu stärken und zu institutionalisieren. Sie sollte nicht nur Kommunikationsplattform sein, sondern sollte sich auch zu einer unüberhörbaren Stimme entwickeln, die sich immer dann erhebt, wenn die Bürgerrechte der MigrantInnen verletzt oder ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Mit klaren, professionellen Strukturen sollte die Wiener Integrationskonferenz zu einem Instrument der Szene ausgebaut werden, die von der

Politik und den Entscheidungsträgern gehört und ernst genommen wird.

Service- und Lobby-Einrichtung

Der *Verein Wiener Integrationskonferenz – Vernetzungsbüro* war als professionelle Service- und Lobby-Einrichtung gedacht, als Ort der Vernetzung und des Austausches. Eine Service-Einrichtung für alle Mitgliedsvereine, die den notwendigen Transfer von Wissen und Ressourcen unter den Vereinen koordiniert. Ausgangspunkt sollten dabei die Bedürfnisse der Mitgliedsvereine sein. Es sollte nicht Aufgabe des *Vereins Wiener Integrationskonferenz – Vernetzungsbüro* sein, sich in die laufende Arbeit der Vereine einzumischen, sondern die Vereine bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zu begleiten, ihnen Hilfestellung zu leisten. Professionelle und funktionierende Strukturen sollten vernetzt werden, damit Informationen und Know-how ungehindert zwischen den Mitgliedsvereinen fließen, gemeinsame Projekte erarbeitet und umgesetzt werden können. Eine schlagkräftige Lobby-Einrichtung sollte entstehen, die die gemeinsamen Interessen vertritt, gehört und ernst genommen wird.

Um diese Herausforderungen annehmen zu können, musste der neue Verein eine professionelle Leitung bekommen. So musste auf der Konferenz am 30. Oktober also auch der neue Vorstand gewählt werden. Die Vorbereitungsgruppe der Konferenz (bestehend aus den RepräsentantInnen, die auf der letzten Wahlkonferenz im September 2002 bestellt wurden), entschied sich diesmal für eine Listenwahl, statt wie bisher Einzelpersonen für die verschiedenen Vorstandsfunktionen wählen zu lassen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre hatten gezeigt, dass Einzelpersonen, die aus den verschiedensten Gründen kandidierten und gewählt wurden, in ihrer Arbeitsweise und ihren Vorstellungen nicht immer miteinander kompatibel waren. Dieser Umstand hatte die Arbeit oft sehr mühsam gemacht und viel zu oft zum Stocken gebracht. Dabei gingen viele wertvolle Zeit- und Energieressourcen verloren. Als Resultat dieser Erfahrungen und nach einem Diskussionsprozess wurde beschlossen, für die neue Struktur ein neues Modell auszuprobieren, nämlich nicht Einzelpersonen mit einem Mandat auszustatten, sondern ein ganzes Team. Die Teams sollten so zusammengesetzt sein, dass sie bei der Zusammenarbeit keine Reibungsverluste erleiden und die Arbeit effizient und professionell gestalten können. Die Verantwortung und Arbeit sollte im Team geteilt werden; die durch die Statuten und die Konferenz

vorgegebenen Arbeitsaufträge könnten so zielorientierter erledigt werden.

Eine Richtungsentscheidung

Auf der Konferenz traten dann zwei Listen zur Wahl um den Vorstand des neuen Vereins an. In einem gewissen Sinne wurde diese Wahl zu einer Richtungsentscheidung, denn mit diesen zwei Listen traten zwei Prinzipien gegeneinander an:

Zum einen die Liste 2, die den Status quo vertrat, mit traditionellen Vereinsfunktionären. Über das Arbeitsprogramm lagen außer Schlagworten wie „Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit, Füreinander“ keine Informationen vor.

Zum anderen die Liste 1, die ein neues, fast schon zu progressives Modell anbot. So fanden sich auf dieser Liste u. a. Vertreter islamischer Vereine genauso wie z. B. eine Vertreterin der lesbischwulen MigrantInnen. Ein mehrseitiges, professionell ausgearbeitetes Konzept stand als Informationsgrundlage zur Verfügung.

Diese Wahl stellt tatsächlich eine historische Richtungsentscheidung dar: Die sich bildenden Lager können als traditionalistisch und progressiv eingestuft werden. Das traditionalistische Lager polemisierte gegen die Liste 1, da mit ihrem Wahlsieg den althergebrachten Funktionären, die zum Teil seit Jahrzehnten immer und überall dabei waren, diese Möglichkeit der Platzhalterei abhanden kommen würde. Denn die Liste 1 versuchte den Weg frei zu machen für neue, junge Leute; wenn man/frau so will, sollte ein Generationenwechsel eingeleitet werden, waren doch drei Personen auf der Liste VertreterInnen der so genannten Zweiten Generation, und auch die anderen Personen entsprachen nicht dem Bild der klassischen, traditionellen Funktionäre.

Die Konferenz entschied sich mit ihrem Votum (35 Stimmen für die Liste 1, 47 Stimmen für die Liste 2) klar für die Liste 2 um Alexis Nshimiyimana Neuberg von *Radio Afrika* und damit für die Erhaltung einer bekannten Struktur; und damit gegen die Liste 1 um Hikmet Kayahan, dem Verfasser dieser Zeilen, mit einem neuen, progressiven Modell der Repräsentanz.

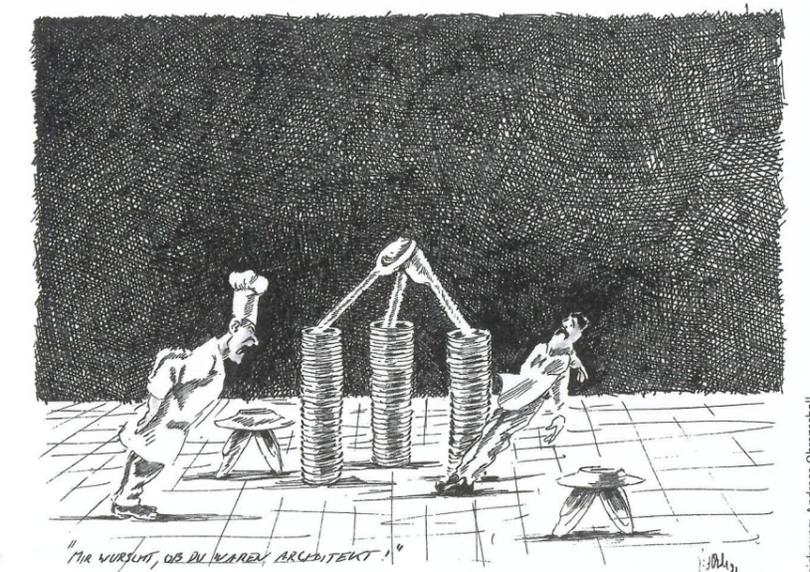
Diese demokratische Entscheidung der Konferenz ist zu respektieren, fanden die Wahlen doch in einem professionellen, gut vorbereiteten Rahmen statt. Die Konferenz ist zudem das oberste Gremium, das die Arbeit des Vereins und ihrer VertreterInnen legitimiert. Dies kann nicht oft genug wiederholt werden, da die ersten Anzeichen, die Wahlentscheidung anzufechten, bereits

sichtbar geworden sind. Es gilt aber klar auszusprechen, dass es nicht um persönliche Befindlichkeiten geht, sondern um Respekt vor den Entscheidungen der Konferenz. So werden alle Bestrebungen, die Wahl, und damit die gesamte Konferenz, in Frage zu stellen, mit Widerstand vor allem der Liste 1 zu rechnen haben. Es gilt, die Konferenz als Instrument der MigrantInnen zu erhalten und zu stärken, und nicht darum, sich schon in der Startphase gegenseitig zu zerfleischen, persönliche Eitelkeiten und Ängste über den Einsatz für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung und gleiche Rechte zu stellen!

Das Gremium der RepräsentantInnen, deren Mandat mit der Wahl des neuen Vorstandes am 30. Oktober zu Ende ging, haben dem neuen Team ein ansehnliches Startpaket übergeben: fundierte Rahmenbedingungen, 125 Mitgliedsvereine, ein mit der Stadt Wien ausverhandeltes Büro mit der entsprechender Infrastruktur und Personal für das neue Vernetzungsbüro im Ausmaß von 60 Wochenarbeitsstunden. Und natürlich viel Vertrauen, die bereits vor fünf Jahren begonnene Arbeit professionell und im Sinne der Interessen der MigrantInnenvereine weiterzuführen.

Konstruktive Beobachtung

Es gilt nun zu beobachten, wie das neue Team die konstruktive Dynamik, die derzeit in der Szene auszumachen ist, in neue, zukunftsorientierte, nachhaltige politische und strukturelle Konzepte umsetzen kann. Der gelungene Versuch, die Wiener MigrantInnen-Szene um gemeinsame Interessen zu einigen und in Rahmen der



Zeichnung: Andreas Ohrenschild

Wiener Integrationskonferenz zu mobilisieren, darf keinen persönlichen Eitelkeiten oder Machtgelüsten geopfert werden. Denn es geht nicht um Macht, sondern um harte Arbeit mit und für die MigrantInnen.

Der neue Vorstand um Alexis Nshimiyimana Neuberg muss sich aber auch darüber im Klaren sein, dass er unter konstruktiver Beobachtung steht: Nationalistische oder sexistische Tendenzen würden massive Interventionen nach sich ziehen; die Umsetzung der Anträge und Beschlüsse der Konferenz werden entsprechend eingefordert werden. Es ist nicht die Zeit für Polemik oder rührige Demagogie; es geht um konkrete Arbeit. Und an dieser Arbeit und der Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz wird der neue Vorstand gemessen werden.

Die Analyse der Gründe, warum sich die Delegierten der Konferenz in diesem Richtungsstreit für oder gegen eine Position entschieden haben, liegt wieder bei den Delegierten. In einem demokratischen Prozess sind Diskurse gefragt. Nicht mehr und nicht weniger.

Infos zur Liste 1 finden Sie unter:
http://members.chello.at/hikmet.kayahan/konferenz/liste1_bio.htm

Infos zur Liste 2 finden Sie unter:
<http://www.vteo.com/entegrasyon/>
Infos zur Konferenz finden Sie unter:
www.integrationskonferenz.at

Hikmet Kayahan,
Leiter der Beratungsstelle für Opfer & ZeugInnen von Rassismus; von 2000 bis Oktober 2004 Repräsentant der Wiener Integrationskonferenz.

Integrationspolitik zwischen Skylla und Charybdis

Karl Michael Reiser

Im Verlauf des Bewusstwerdungsprozesses, dass Österreich zum Einwanderungsland geworden ist, hat das Schlagwort „Integration“ eine große Konjunktur erfahren. Als politisches Konzept ist Integration hingegen bisher weitgehend eine leere Worthölse geblieben und droht nun gänzlich inflationär zu werden.

Jedenfalls hinken die Aktivitäten den Notwendigkeiten hinterher. Angesichts der aktuellen demografischen wie ökonomischen Entwicklung (Generationen- und Wohlstandsschere) ist jedoch dringender Handlungsbedarf angesagt, den Begriff „Integration“ mit Leben zu füllen und entsprechende Konzepte gesamtgesellschaftlich umzusetzen. Auf staatlicher Ebene, aber auch für Stadtpolitik und Stadtplanung ist es deshalb notwendig, auf unterschiedlichen Ebenen aktiv zu werden, um ein soziales Auseinanderdriften abzuwehren und die gesellschaftliche Integration zu fördern.

Integrationspolitik ist einerseits Querschnittsaufgabe, verlangt andererseits aber auch konkrete Instrumente in spezifischen Handlungsfeldern: Die räumliche Ebene der Stadtstruktur zählt ebenso dazu wie der Arbeitsmarkt und der Wohnungsmarkt; die Kooperation mit den alten und neuen Minderheiten nicht weniger als die Einbeziehung der Mehrheitsbevölkerung. Dabei darf einer offensiven Integrationspolitik nicht das Bewusstsein fehlen, sich auf einen langfristigen und mitunter konflikthaften Prozess einzulassen.

Dem Rhythmus von Wahlversprechen und Wählerstimmen folgt eine nachhaltige Integrationspolitik keineswegs. Gleichwohl ist die Integration der Gesellschaft, sprich: die Sicherstellung des sozialen Zusammenhalts, eine permanente Aufgabe der Politik. Denn insbesondere urbane Gesellschaften sind grundsätzlich heterogen, dynamisch und weisen durchlässige Grenzen auf, die Vielfalt fördern. Schon bei Georg Simmel, dem Ahnherrn der Soziologie, ist der typische Städter der „Fremde“ und Fremdheit folglich die Normalität urbaner Lebensweise.

Ambivalenzen der Politik

Bei der Erfüllung ihrer Integrationsaufgaben sieht sich die Politik allerdings Ambivalenzen gegenüber, die ihre Handlungsfähigkeit

zu lähmen scheinen. Ein paar Beispiele sollen dies illustrieren:

1. Die sozial und kulturell integrierte Gesellschaft, die unterschiedliche Einkommensverhältnisse, Generationen, religiöse und kulturelle Zugehörigkeiten vereint und räumlich gleichmäßig verteilt, ist eine Idealvorstellung, die sowohl Marktmechanismen ignoriert als auch sich Bedürfnissen verschließt. Segregation ist ein Faktum. Für Politik und StadtplanerInnen besteht die Gretchenfrage nun darin, Segregation zu fördern oder zu verhindern, um ein konfliktarmes Zusammenleben innerhalb einer diversifizierten Stadtbevölkerung zu ermöglichen.

Daraus ergibt sich eine Ambivalenz in der Toleranz gegenüber freiwilliger Segregation (z. B. Wohlstandsviertel) und dem Entgegensteuern von unfreiwilliger Segregation (Armutsviertel). Denn auf der sozialräumlichen Ebene dienen segregierte Gebiete einerseits als Brücken in die Gesellschaft, können andererseits aber auch Fallen darstellen, aus denen bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht mehr herausfinden.

2. Eine weitere Ambivalenz besteht gegenüber den Vergemeinschaftungen von MigrantInnen, die als Selbstorganisationen, als Moscheevereine oder politische Organisationen in Erscheinung treten. Der Umgang der Politik mit den Communities geschieht stets vor dem Hintergrund des Zweifels, ob jene ethnischen Netzwerke nachgerade zu Empowerment oder nicht viel mehr zu verstärkter Ghettobildung führen. – Fragen, die letztlich auf Prognosen hinsichtlich gesellschaftlicher Integration versus Segregation hinauslaufen.

Die Selbstorganisation von MigrantInnen zu stärken, so wird befürchtet, birgt die Gefahr der Abschottung und Entwicklung einer Parallelgesellschaft. Sie als Katalysator in Integrationsbelangen zu begreifen und ihre Informationskanäle zu nutzen, verspricht hingegen einen positiven Effekt im Sinne einer Brückenfunktion zwischen Herkunft- und Residenzgesellschaft. Die politische Beteiligung von MigrantInnen hat sich allerdings bislang als schwierige Aufgabe herausgestellt.

3. Aus demokratiepolitischen Gründen ist eine generelle Öffnung des Gemeindebaus für AusländerInnen zweifelsohne erforderlich. Aufgrund zu erwartender gesteigerter Konflikte ist dies jedoch nicht unproblematisch und erfordert soziale Begleitmaßnahmen, für die bisher die Konzepte fehlen. Eine lediglich quotierte Öffnung des kommunalen Wohnungsmarktes für AusländerInnen hat den Effekt, ihre ohnehin beschränkten Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche einzu-

engen. Zugang ohne Beschränkungen wirft die Frage nach der sozialen Verträglichkeit auf. Denn sozial und ökonomisch benachteiligte Autochthone mit oftmals geringer Bildung tragen bereits jetzt schon zu einem fremdenfeindlichen Klima bei. Soziale Konflikte werden ethnisiert, obgleich Nicht-EWR-AusländerInnen der Gemeindebau (mit Ausnahme von Notfallswohnungen) bis heute verschlossen bleibt.

4. In Bezirken oder Stadtvierteln mit hohem Anteil an Zuwanderern und Zuwanderinnen zeigt sich eine Ambivalenz auch im Grundschulunterricht. Allein in Wien besuchen derzeit rund 24.000 Kinder nicht-deutscher Muttersprache die Pflichtschule. Knapp 10.000 davon sind „außerordentlich“ integrationsbedürftig, weil sie Sprachdefizite haben. Wie soll gegenüber SchülerInnen mit unzureichenden Deutschkenntnissen verfahren werden?

Die Frage nach einer Quotierung stellt sich auch in diesem Bereich, denn je mehr Kinder aus Einwandererfamilien die Grundschulbank drücken, umso eher neigen die Eltern einheimischer Kinder, aber auch die besser verdienenden Eltern mit Migrationshintergrund dazu, ihre Kinder von der Schule zu nehmen, um ihnen anderswo eine aufstiegsorientierte Zukunft zu sichern. Die freigewordenen Plätze in den Klassenzimmern werden von sozial Deklassierten eingenommen, und der Teufelskreis des Abstiegs des Schulstandortes setzt sich fort.

Was passiert, wenn nichts passiert?

Steuern oder sich selbst überlassen? – Mit allen Konsequenzen, die sich fallspezifisch daraus ergeben. Vor diesem Problem steht die heimische Integrationspolitik. Ihre Zwi-spältigkeit resultiert nicht zuletzt aus dem Dilemma der Gleichzeitigkeit von Chance und Risiko, die jeder Versuch der Steuerung oder jede bewusste Enthaltsamkeit einer Regulierung mit sich bringen. – Eine unauflösbare Ambivalenz, die bisher vielfach dazu geführt hat, nicht oder nur symbolisch zu handeln, anstatt in die Offensive zu gehen. Neigt man angesichts dieser Ambivalenzen auch dazu, durchaus Verständnis für den politischen Autismus aufzubringen, der diesbezüglich das Land kennzeichnet, so steht doch außer Zweifel, dass uns diese Haltung bald schon auf den Kopf fallen wird. Zu fragen ist: Was passiert, wenn nichts passiert?

Urbane Gesellschaften setzen sich grundsätzlich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen, die um die beschränkten Ressourcen (öffentlicher Raum, Arbeitsplätze, Wohnungen, Zugang zu Bildungseinrich-

tungen etc.) kämpfen. Fehlen soziale Integrationsbemühungen, so ist gerade unter benachteiligten Bevölkerungsgruppen (insbesondere Beschäftigungslose, sozial Marginalisierte, Menschen mit schlechter Qualifikation) ein verstärktes Abgrenzungsverhalten zu beobachten, wie bereits Hartmut Häußermann und Walter Siebel in einer deutschen Studie festgestellt haben. Soziale Konflikte werden ethnisiert, und latentes Konfliktpotenzial droht zu offenen Auseinandersetzungen zu führen.

Zu diesem Schluss kommen auch die Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer und Raimund Anhut. Für sie steht fest: „Je größer [deshalb] die Desintegrationserfahrungen für Teilgruppen der Mehrheitsgesellschaft ausfallen, desto größer dürften die Integrationsprobleme der aufzunehmenden Minderheit sein und desto höher Spannungen zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Gruppen sind erwartbar“.

Auf die Notwendigkeit verstärkter Integrationsbemühungen ist in zahlreichen Studien auch in Österreich verwiesen worden. Konkrete Konzepte, die über eine kurzfristige Problembehandlung hinausgehen, fehlen bisher allerdings weitgehend. Bedarf besteht insbesondere bei den genannten Beispielen öffentlicher Raum, Communities, Wohnungsmarkt und Schule; geradewegs jetzt, da die „Integrations-schleuse Arbeitsmarkt“ mehr und mehr versagt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist wohl auch, dass die Unsicherheit der österreichischen Integrationspolitik mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Interpretation „fremder Kulturen“ im eigenen Land korrespondiert; nämlich in der binären Gegensätzlichkeit von Integration versus Segregation: Die Kopftuch tragende Muslima wendet sich folglich quasi automatisch von der österreichischen Gesellschaft ab, obgleich sie vielleicht in vielen Bereichen (Bildungseinrichtung, Wohnung, soziale Netzwerke etc.) gesellschaftlich besser integriert sein kann als manche autochthone Bürgerin. Und dem serbischen Hausmeister, der regelmäßig via TV das Geschehen in seiner alten Heimat verfolgt, spricht man nicht weniger die Integrationsfähigkeit ab, obgleich er mitunter viel stärker in das lokale Gemeinwesen eingebunden ist als so mancher Einheimische (Arbeitsmarkt, Vereinszugehörigkeit, politische Partizipation etc.).

Integration gemeinsam definieren

Integration, die nur dann als gelungen erkannt und anerkannt wird, wenn sich die Zugewanderten in allen Lebensbereichen

völlig dem soziokulturellen Mainstream der Mehrheitsgesellschaft angepasst haben – was immer das sein soll –, ist jedoch zum Scheitern verurteilt.

Was wir brauchen, ist ein offener gesellschaftlicher Diskurs darüber, was denn Integration bedeutet, welche Erfolgskriterien wir anlegen, wenn wir von Integration sprechen, welche Erwartungen wir an die MigrantInnen und ihre Nachkommen stellen und nicht zuletzt wie wir sie im Prozess der Integration unterstützen. Dieser Diskurs darf aber nicht bloß innerhalb einer Elite geführt werden, sondern muss in breiten Bevölkerungsschichten der Mehrheitsgesellschaft einschließlich der Zugewanderten Platz greifen. Die Einbindung der Bevölkerung ist deshalb so wichtig, weil Integrationsprozesse nicht völlig steuerbar sind, sondern auch von den Menschen getragen werden, die die alltäglichen Begegnungen gestalten. Wofür die Politik dennoch dringend zu sorgen hat, ist die Herstellung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit, sind Rahmenbedingungen, unter denen die Akzeptanz des „Anderseins“ gesetzlich gestützt wird, und ist nicht zuletzt die Entschiedenheit, unfreiwilligen Segregationstendenzen entgegen zu wirken. Allen Ambivalenzen zum Trotz.

Für die Politik bedeuten diese Ambivalenzen, einen Weg zwischen Skylla und Charybdis zu finden, also zwischen zwei nahezu unentrinnbaren Schwierigkeiten. Wie einst Odysseus auf seiner Fahrt durch die Meerenge von Messina, in der die beiden alles verschlingenden Ungeheuer hausten, wird es der Politik nur dann gelingen, diese Schwierigkeiten zu umschiffen, wenn sie proaktiv Modelle erarbeitet und Maßnahmen setzt, die Integration gesamtgesellschaftlich fördern. Die Zeit drängt dazu, will sie von den aktuellen Entwicklungen nicht selbst verschlungen werden.

Literatur:

Häußermann, Hartmut/Walter Siebel (2001): *Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“*. Berlin/Oldenburg
Heitmeyer, Wilhelm/Raimund Anhut (Hg) (2000): *Bedrohte Stadtgesellschaft*. Weinheim
Krummacker, Michael (2003): *Thesen zur Integration von Zuwanderern – Herausforderung für das Gemeinwesen unter besonderer Berücksichtigung von multiethnischen Stadtteilen*. In: Diakonie Dokumentation 01. Stuttgart

Karl Michael Reiser
ist Ethnologe und Trainer; Mitarbeiter in den Gebietsbetreuungen Donaustadt und Floridsdorf.



Zeichnung: Andreas Ohrenschild

An Gül Erali, Keramik-Künstlerin, Absolventin des St. Georgskollegs und der Akademie für bildende Künste in Linz

Liebe Gül,

verzeih, dass ich erst so spät berichte, wie die Vernissage und das Weitere gelaufen sind, aber die Arbeit an der Ausstellung zeitgenössischer türkischer Kunst aus der Türkei und Österreich hier in Landeck, außerdem unser Buch *heim.at, Anthologie türkischer Migration*, waren so zeit-, ja sogar kräfteraubend, dass ich tage- und fast auch nächtelang zu nichts anderem mehr kam. Die Ausstellung ist nun mehr als eine Woche geöffnet, und alle drei Ausstellungsorte werden gut wahrgenommen.

Deine zwei viel bewunderten „archäologischen“ Keramik-Skulpturen haben mit den interessanten Fotoarbeiten von Refik Ongan, Aquarellen von Celal Özcan, Grafik von Nuşin Arslan, Zekeriya Sarbatur und Sedef Hatapkapulu u. a. Heimatrecht in meinem Atelier im Karnerwalde. Im Schloss Landeck sind unsere FreundInnen Erkan mit seinen „Brief-Umschlägen“ und Zekiye Nazli, sie mit reizvollen Kalligrafikeramiken, wie überhaupt Keramik stark vertreten ist: Duygu Uzun zeigt eine große Modulenarbeit, Canan Dağdelen einige „fotografische“ Reliefs und zwei wunderschöne Schalen mit Schrift; Secil Yaylalis scharfe Porzellanformationen aus der Wand sind hier anders platziert, sehen aber auch so gut aus. Esin Turan, sie lebt in Wien; Du erinnerst Dich vielleicht, sie hatte im April eine Ausstellung im Österreichischen Kulturinstitut. Dort lernte ich sie kennen; auf solche und andere Weise konnte ich Kontakt zu türkischen KünstlerInnen in Österreich und der Türkei herstellen. Ihre raffinierten collageartigen Bilder mit Schrift und fotografischen Elementen sind auch türkische und europäische Kunst und auf der Höhe der Zeit, doch unverwechselbar, was ich ja mit dieser Ausstellunq zeigen

möchte. Was weiß man denn schon bei uns von der Türkei – ja, von schönen Küsten, aber dass es auch die Schönen Künste gibt, ist weitest gehend unbekannt. Nicht nur, dass es Kunst gibt, sondern auch welch großartige, kann bei dieser Ausstellung erlebt werden. Zekeriya beeindruckt hier mit großformatiger Druckgrafik und Malerei, Nuşin mit Collagen, Ayşe Toksöz mit ihrem figuralem, fast monochromen Expressionismus, Şule Attems besonders durch hinterwitzige Fotografie. Das Plakat stammt von Serpil Akyıl, einer Künstlerin, deren Werk mich schon vor vielen Jahren in Istanbul beeindruckte, vermischte Techniken mit einigen karto-, kalligrafischen Elementen.

Spitzenwerke türkischer Karikatur sind in meiner ehemaligen Gym-Galerie zu bewundern, Zeichnungen von Kamil Yavuz, der diesen Teil der Ausstellung hauptsächlich zusammenstellte, Atila Özer und Izel Rozental, die alle schon einmal im Gymnasium Landeck ausgestellt hatten, dazu noch drei Blätter des heuer früh verstorbenen Necati Abacı, Zeichnungen von Sami Caner, Köksal Çiftçi, Tan Oral, Eray Özbek.

Es sind über 20 türkische KünstlerInnen aus Österreich und der Türkei vertreten, und wenn man weiß, wie die Arbeiten hierher kamen, kann man sich vorstellen, welch großes Anliegen uns diese Ausstellung ist. Das Besondere dieser Aktion unter dem Motto „Fern der Heimat fremd“ war aber auch anderen bewusst, wie die Teilnahme an der Vernissage und der Besuch der Ausstellung zeigen. Der türkische Generalkonsul war aus Salzburg angereist und hielt die Eröffnungsrede. Dabei wäre noch viel Größeres geplant gewesen: Ich hatte die Möglichkeit, Werke der bedeutendsten türkischen Künstler des

20. Jh. aus der Sammlung Merey hier in Landeck zu zeigen; doch es scheiterte leider an Transportschwierigkeiten. Aber auch so mit dem Aspekt des Zeitgenössischen erleben meine Landsleute eine beeindruckende Begegnung mit türkischer Kunst, auch wenn sich manche Ewiggestrige auf den braunen bis blauen Schlips getreten fühlen, dass ausgerechnet am Staatsfeiertag unsere Ausstellung mit dem Tag der Offenen Tür im Schloss und allerlei türkischen Spezialitäten und Musik zu Ende geht.

Dabei wird auch unser Buch *heim.at, Anthologie türkischer Migration nach Österreich*, nach der Frankfurter Buchmesse jetzt auch in Landeck präsentiert, mit über 100 Gedichten in sechs Sprachen von 38 türkischen DichterInnen, die in Österreich leben. Ich will zeigen, dass, als man vor 40 Jahren „Gastarbeiter“ in der Türkei anwarb, nicht nur Muskeln zu uns kamen, sondern TrägerInnen einer großen, alten Kultur. Das Buch ist bei EYE als Band 3 der Reihe „Neue österreichische Lyrik“ erschienen, was verwundern mag, von mir aber mit voller Absicht, denn für mich ist die Literatur der hier lebenden Menschen, in welcher Sprache sie auch immer schreiben, Teil der österreichischen Literatur, wie auch die der autochthonen Wenigerheiten. Österreichische Literatur braucht nicht nur deutsch zu sein; das haben wir schon einmal bewiesen, siehe: *Österreichische Lyrik – und kein Wort Deutsch!*

Danke, dass Du bei beiden Aktionen mitgemacht hast, mit Deinen Arbeiten, aber auch beim Übersetzen von Gedichten. Im April komme ich wieder nach Istanbul und werde die ausgeliehenen Werke wieder zurückbringen; Deine Keramiken wollen aber noch hier bleiben, haben sie mir gesagt! Alles Gute und viel Erfolg bei Deinen Ausstellungen in Istanbul und Berlin.

Selamlar, öptüm,
Gerald Kurdoğlu Nitsche



Foto: stockexchange

Kein zu integrierendes „Außen“

EASA-Konferenz 2004:

„Face to Face: Connecting Distance and Proximity“

Die internationale Konferenz der SozialanthropologInnen von EASA (European Association of Social Anthropologists) an der Universität Wien ermöglichte den ca. 1000 TeilnehmerInnen ein weites Feld unterschiedlicher Debatten.

Vom 8. bis 12. September 2004 unterzogen ForscherInnen im Rahmen der EASA-Konferenz mit dem Titel „Face to Face: Connecting Distance and Proximity“ u. a. die Begriffe *Nationalstaat, Globalisierung und Zugehörigkeit* einer kritischen Reflexion. Als wichtiger Aspekt stellte sich das Um- und Neu-Denken von politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Machtverhältnissen heraus.

Im Workshop zu *Minority Rights* unterzogen die Vortragenden die scheinbar neutralen nationalen Gesetze im Bereich der Minderheitenrechte und die EU-Richtlinien einer kritischen Prüfung. Ayşe Çağlar erläuterte die Auswirkungen der Gesetzgebung und entstehende Nachteile für MigrantInnen in Deutschland. Im Zentrum der Diskussion standen die Forderung nach der Neuformulierung von Gesetzestexten und der fehlende Zugang von Minderheiten zu Arbeitsmärkten, Bildungseinrichtungen oder politischer Partizipation – bedingt vor allem durch institutionalisierte Diskriminierung.

Politischer Aktivismus wurde hingegen im Workshop *Muslim Cultural Politics* diskutiert. In diesem gab Nadej Al-Ali einen Einblick in Theorie und Aktivismus im Kontext von Islamophobie, Eurozentrismus und muslimisch-feministischen Strategien und stellte Fragen nach Formen der Repräsentation in den Vordergrund: Im Fall von *The Muslim Representative of Britain*, so merkte sie kritisch an, seien die Sprecher Männer, und Frauen würden marginalisiert. Differenzen gäbe es nicht nur hinsichtlich des Geschlechts, sondern auch hinsichtlich der „Klasse“, politischer Orientierung, persönlicher Erfahrung und Meinung. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit das Herstellen kollektiver Identitäten in bestimmten Situationen sinnvoll sein kann. Nadej Al Ali meint, dass es in Frauenbewegungen in der arabischen Welt manchmal erforderlich sei, sich als Frau und Muslimin zu repräsentieren, in

anderen Kontexten jedoch hierarchische Beziehungen unter muslimischen Frauen zu betonen. Vereinheitlichendes Auftreten könne immer nur ein erster – nicht unproblematischer – Schritt sein, dem im Denken unmittelbar ein „Aber“ folgen sollte. Dieses inkludiere nicht nur die unterschiedlichen Zugänge zu politischen Fragen, sondern auch die vielfältigen sozialen Positionen von Individuen. Diese Problematik spiegelt sich laut N. Al-Ali auch in der Arbeit von Frauenorganisationen wider: So repräsentieren sich die Aktivistinnen von *Woman in Black* aus taktischen Gründen in ihrer einheitlichen Positionierung gegen Krieg und für Frieden in Gerechtigkeit. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, inwieweit Krieg und Gewalt im besonderen Frauen betreffen. Sie versuchen auch, den Polarisierungen in öffentlichen Debatten entgegenzuhalten, dass es Positionierungen gibt, die sich jenseits eines polarisierenden Verständnisses – wie: „Gegen den Irak-Krieg“ bedeute „für Saddam Hussein“ zu sein – bewegen. Dennoch gebe es intensive Diskussionen über Differenzen innerhalb der Organisation.

Sabine Strasser stellte in dem Workshop *Facing Distance and Proximity* grundlegende Überlegungen über Loyalität und Mitgliedschaft an. Diskutiert wurde das Agieren von Individuen oder Gruppen, die nicht nur mit einem lokalen Kontext, sondern auch – etwa durch Migration oder Religion – mit verschiedenen Orten über

ationale Grenzen hinweg verbunden sind. Welche Auswirkungen haben ihre politisch und sozial motivierten Aktionen auf Nationalstaat, politische Räume oder soziale Realitäten? Wie weit sind sie mit sozialer, politischer und rechtlicher Ausgrenzung, mit ungleichem Zugang zu Arbeitsmärkten, sozialen Dienstleistungen oder Institutionen konfrontiert? Diese Fragen erfordern auch mehr empirische Forschung in verschiedenen nationalen Kontexten. Weiterführend in dieser Diskussion zur Transnationalität sind Ansätze, die sich nicht nur auf Zugehörigkeit, Rechte und Verpflichtungen beschränken, sondern auch die Gefühle mit einbeziehen, die Loyalität und Mitgliedschaft hervorrufen. Oft sind widersprüchliche Gefühle mit den Erzählungen vom Eigenen und Anderen oder Vorstellungen über Herkunft und Zukunft verbunden.

Mit dem Forschungsschwerpunkt „Multikulturalismus“, setzten sich AnthropologInnen in verschiedenen Workshops auseinander. Kritisiert wurden jene Formen von Multikulturalismus, in deren Rahmen das „bunte Leben“ gefeiert wird, während weite Teile der Bevölkerung durch verschiedene Diskriminierungsformen marginalisiert werden. Für N. Al-Ali stehen Ansätze im Mittelpunkt, die es Menschen erlauben, miteinander zu leben und dabei Verbindungen von Verschiedenheit zu schaffen. Dies ist sowohl eine politisch als auch theoretisch überaus herausfordernde Frage. Die Entwicklung von Konzepten, die sozialen Hierarchien und ungerechter Verteilung entgegenwirken, erfordert Perspektiven, aus denen Minoritäten als Teil dieser Gesellschaft verstanden werden und nicht als ein erst „zu integrierendes Außen“.

Tina Prokop und Christa Markom



Foto: Max Stadler/EASA

Asylant-Sein hautnah

Mit der zweisprachigen Adaption von Maxim Gorkis „Nachtasyl“ glückte Regisseur Manfred Michalke, IntegrationshausbewohnerInnen und osteuropäischen MigrantInnen ein eindringlich dichter Theaterabend.

Ein zugiger, düsterer, abgehauster Ort, wo man nicht heimisch wird: Am industriellen Niemandsland der Peripherie, in einer Halle des Kabelwerks spielte das Wiener Vorstadtheater eine deutsch-russische Adaption von Maxim Gorkis „Nachtasyl/Na dnje“.

Mit IntegrationshausbewohnerInnen und osteuropäischen MigrantInnen erarbeitete Regisseur Manfred Michalke das Stück, das auf engstem Raum verschiedene Charaktere

und Lebensschicksale zusammenführt. Wie unterm Brennglas verdichtet sich im „Nachtasyl“ das Sein auf bloße Existenz. Arbeits- und haltlos, hingeworfen aufs Selbst, wird die Endstation Gestranderter zum Versuchslabor menschlichen Verhaltens. Die Reaktion auf den extremen Ausnahmezustand ist je nach Naturell verschieden: Alkohol, Traumtänzeri, jüher Zorn, Verzweiflung, Depression, Agonie, Krankheit. Das Auftauchen des Pilgers Luka bringt Dynamik in die Gruppe, sein Reden lässt Hoffnung keimen, birgt aber die potentielle Lüge in sich. Dichtung und Wahrheit verschwimmen, jeder Dialog wird zur Frage des Vertrauens, das auf so schwankendem Boden steht wie der Glaube an die eigene Zukunft und Kraft. Nicht jeder überlebt das „Nachtasyl“.

Flüchtlingsheim als Nachtasyl

Die SchauspielerInnen stellen unmittelbaren Aktualitätsbezug her. Das „Nachtasyl“, in dem der Student Gorki persönliche Wanderarbeitererfahrungen skizzenhaft notierte, wird zum heutigen Flüchtlingsheim, wo wieder Menschen unterschiedlichster Länder, verschiedenster kultureller Hintergründe mit teils traumatischen Erlebnissen auf engstem Raum leben müssen. Wie Gorkis Protagonisten sind hiesige AsylwerberInnen zum Warten verurteilt. Es ist der Traum von einer besseren Zukunft, der sie in die Fremde trieb.

Authentische Dichte gewinnt die Aufführung durch die realen Erlebnisse der SchauspielerInnen, die zwanglos in den Text einfließen, und durch ihre spezifische Zweisprachigkeit. Kommuniziert wird wechselseitig in Russisch und Deutsch, als einzig verbindendes Sprachelement bleibt die neue Fremdsprache des Asyllandes. Dieses Kunstmittel verstärkt die verunsichernde Komponente, führt zwei Verständnis- und Wahrnehmungsebenen ein. Ein Teil des Inhalts erschließt sich nur aus der Deutung von Gestik und deutschsprachiger Replik. Das Publikum verliert so den gesicherten Boden souveräner Sprachgewalt. Was es heißt, Flüchtling zu sein, wird erahnbar.

Als wertvolle deutsche Fragmente bleiben Abhandlungen über philosophische Grundsatfragen und die Lebenserfahrungen der AsylantInnen im Raum stehen und erhalten so mehr Gewicht. Als Kontrast wirkt der singende Klang der russischen Sprache, den das Cellospiel von Eva Landkammer fortsetzt. Die Musik unterbricht Dialogsequenzen, was den fragmentarischen Charakter und die Zeitkomponente des Wartens verstärkt. In Licht getaucht, musiziert die Cellistin abseits der Bühne, die dann im Dunkel verschwin-

det. Zwei Spielstätten entstehen, die Töne schaffen den imaginären Klangraum neben der Realität des „Nachtasyls“.

Feste Regeln ohne Sprache

Die Scheinwerferstrahlen von der imposanten Dachkonstruktion lenken die Aufmerksamkeit auf einen der zwei Örtlichkeiten. Konzentriert um ein rudimentäres Industriestahlgerüst, reduziert sich die Bühne als Lebensraum aufs Minimum, das regelmäßig wiederkehrende U-Bahn-Geräusch verdeutlicht das Temporäre des Wandererschicksals. Die Kontrolle durch das bürokratische Reglement findet im ungerührt mit Handwerker Bubnow (Piotr Kolodziej, Polen) Dame spielenden Polizisten Medwedew (Ali Abdulla, Sudan) Ausdruck: Sie thronen bei vollem Überblick eine Ebene höher am Podest, kommentieren teilnahmslos die Dramen im Keller. Hier stört die Halbverständlichkeit kaum: Wo feste Regeln sind, wird Sprache hinfällig.

Wer kaum noch Halt hat, flieht in Traumwelten: Der alkoholsüchtige „Schauspieler“ (Farzad Mojgani, Persien) verliert sich im Genie einstiger Berufung, die romantische Natascha (Agnes Okulska, Polen) in einer Liebesaffäre, Kleschtschs Ehefrau Anna in Krankheit: Sie stirbt, man holt den „Pilger“, zur Beerdigung fehlt das Geld. Handfest sucht Wirtin Wassilissa ihrer konfliktbeladenen Ehe zu entkommen: Sie will die alte Liason mit Pepel (Naim Alluri, Kosovo) auffrischen. Sehr eindringlich und souverän drückt die Georgierin Maja Sastrposhvili in Mimik und Gestik unmissverständlich Liebeswerben, Zorn und Frust aus. Doch Pepel ist längst bei Natascha, die er zur Flucht in ein anderes Land überreden will.

Auf wie viel Hoffnung und wie wenig Wissen können sich Weichenstellungen im Leben gründen, Illusion und Wirklichkeit verschwimmen zum Schicksal. So lebensweise wie rätselhaft verkörpert der charismatische Äthiopier Abate Dejene Ambachew den „Pilger“, der die Träume nährt. Um den „Schauspieler“ zur Abstinenz zu motivieren, spricht er von der Trinkerheilanstalt in der fernen Stadt, die kostenlos behandelt. Den Zweifeln der anderen kontert der „Schauspieler“ mit Gorkis Essen: „Es ist nicht wichtig, wie ein Wort gesprochen wird, sondern warum es gesprochen wird.“ Am Ende wird er sich erhängen. Das letzte Wort hat das Leben, es kann sehr bitter sein. Das ist an diesem schauspielerisch beeindruckend kraftvollen Abend stark zu spüren.

Isabella Marboe

Interkulturelle Akzente 2004

Die Gründung eines elfköpfigen Fachbeirates im Jahr 2002, der sich aus Kulturschaffenden unterschiedlicher Minderheiten sowie VertreterInnen von Kulturinitiativen und der AK Wien zusammensetzt, bildete den Anfangspunkt. In Zusammenarbeit mit dem Fachbeirat hob die AK Wien im vergangenen Jahr ein in dieser Art einzigartiges Kulturprojekt aus der Taufe: „Interkulturelle Akzente“, ein Programmschwerpunkt mit interkulturell orientierten Projekten im Theater AKZENT. Auch heuer erhielten vier Gewinner-Projekte einer Ausschreibung (diesmal zum Thema „Arbeitswelten“) einen Produktionszuschuss und konnten die Infrastruktur des Theaters für ihre Arbeit in Anspruch nehmen.

Vom 23. bis 26. November sind im Theater AKZENT die Aufführungen dieser Produktionen zu sehen: „Gegenüber“ (Die Menschenbühne, 23. November), „Bedingungslos für den Job – Betrug am Bau“ (Theatergruppe Wieg, 24. November), „Nachtasyl“ (Wiener Integrationshaus, 25. November) und „Dirty Dishes“ (Verein Echo/Gruppe Das Kunst, 26. November).

In „Gegenüber“, einem Stück von (dem Gründer des „Ersten Wiener MigrantInnen-Theaters“ Menschenbühne) Christian Baier, inszeniert von Sebastian Hirn, erzählt eine junge ausländische Gelegenheitsprostituierte in einem Hotelzimmer ihre eigene Vergangenheit. Was als lockeres Gespräch

beginnt, entwickelt sich angesichts eines schweigenden Freiers zum Verhör, zur Beichte, zum Geständnis. Das Stück ist eine Studie über den permanenten Identitätsverlust und über Lebenslügen.

„Bedingungslos für den Job“ ist ein Forumstheater-Stück über Ausgrenzung und Betrugerei. Der Bauarbeiter Jusef Säfi wird in seiner Suche nach Arbeit von (Schein-)Arbeitsfirmen betrogen und um seinen Lohn gebracht. Er versucht, seine Rechte einzuklagen, jedoch ohne Erfolg.

Unter der Regie von Manfred Michalke spielen BewohnerInnen des Wiener Integrationshauses und MigrantInnen aus Osteuropa eine eigene Version von Maxim Gorkis „Nachtasyl/Na dnje“ (siehe auch Besprechung auf der gegenüberliegenden Seite).

Nick Whitbys Sozialkomödie über das Schicksal illegal beschäftigter MigrantInnen in der Küche einer Pizzeria, „Dirty Dishes“, ist in der Inszenierung und Choreographie von Asli Kislal zu sehen. Es ist Silvester, Zeit für Hochleistungshektik und Stress. Doch die Küchencrew gönnt sich ab und zu die nötigen Love-, Peace- und Fun-Einlagen.

Im Theater AKZENT
Argentinierstr. 37, 1040 Wien
Karten: (01) 501 65 / 33 06
Weitere Infos: www.akzent.at

mh



„Gegenüber“ von der Menschenbühne mit Aleksandra Tehovnik

Foto: Menschenbühne

Initiative Minderheiten ans Rathaus

Zwei Streiche der landesväterlichen Hand machten in den vergangenen Monaten die autonomen Kulturschaffenden in Wien unsicher: die drohende Schließung von *public netbase* und vom *Verein Echo*. Unter den zahlreichen Protesten gegen diese Politik befinden sich auch zwei Briefe der *Initiative Minderheiten* (gemeinsam mit dem *Büro für ungewöhnliche Maßnahmen* unterzeichnet), adressiert an den Wiener Bürgermeister Häupl und die Vizebürgermeisterin Laska. Wir bringen hier Auszüge aus den beiden Briefen:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Der *Verein Echo* nimmt in der Jugendarbeit mit MigrantInnen in Wien und darüber

hinaus als Vorbild-Projekt eine zentrale Rolle ein. Es ist im Rahmen von *Echo* erstmals in Österreich gelungen, dass die migrantischen Jugendlichen nicht nur als Objekte der sozialarbeiterischen Hilfe, sondern als Subjekte der Gestaltung ihrer Umwelt fungieren. (...) Der *Verein Echo* hat bezüglich des self-empowerment dieser historisch relativ jungen Minderheiten in Österreich bisher eine besonders wichtige Rolle gespielt. Mit der Schließung der Räume wird mehr als eine administrative Handlung vollzogen: ein Ausschließen von Menschen aus wichtigen Qualifizierungsmöglichkeiten. (...) Aus diesen Gründen fordern wir Sie auf, den *Verein Echo* auch weiterhin zu finanzieren.“

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!
Public netbase ist eine Einrichtung, die für die gesamte antirassistische Bewegung eine wichtige Rolle gespielt hat und immer noch spielt. (...) *Public netbase* hat bei dieser Tätigkeit stets eine nicht zu unterschätzende unterstützende Rolle gespielt. Dies sowohl was die Weitergabe von Know-how als auch was das zur Verfügung Stellen von Geräten, virtuellen Räumen und Kommunikationskanälen betrifft. (...) Aus allen diesen Gründen sind wir bestürzt, zu erfahren, dass der *public netbase* als einer der für uns wesentlichen Drehscheiben die Subventionen so stark gekürzt werden, dass sie zusperren muss.

Wir appellieren hiermit an Ihr demokratisches Gewissen. Wir fordern Sie auf, diese kritische und für die Demokratisierung unserer Gesellschaft sehr wichtige Einrichtung zu unterstützen (...)“

red

subtitle – Kunstproduktion und Minderheiten

Eine Veranstaltung der *Initiative Minderheiten*

„Sei so, wie ich dich gerne sehen will – dann tanze ich auch zu deiner Musik!“ – so kann das kulturelle Begehren der Mehrheiten umschrieben werden. Welche Strategien entwickeln „minoritäre“ KünstlerInnen angesichts solcher Erwartungshaltungen in ihren Arbeiten? Und welche *Untertitel* setzen sie damit unter die vermeintlich bunte Vielfalt in der Kulturproduktion?

Um diese Fragen im Spannungsfeld zwischen dem Identitäts-Imperativ und den eigenen politischen Ansprüchen zu diskutieren, hat die *Initiative Minderheiten* zu einem Diskussionsforum eingeladen. Unter dem Titel „subtitle“ diskutierten am 29. und 30. Oktober KünstlerInnen aus unterschiedlichen Sparten mit Kunst-TheoretikerInnen in der Wiener *Hauptbücherei am Gürtel*, die auch als Kooperationspartnerin fungierte. Der jeweiligen Kunstsparte entsprechend unterschiedlich fielen die vier Panels sprachlich und thematisch aus.

Selbst-Kanakisierung und Migrantisches

In der ersten Diskussion, mit der zwei LiteraturInnen und zwei KulturtheoretikerInnen unter der Moderation von Cornelia Kogoj (Kommunikationswissenschaftlerin, *Initiative Minderheiten*) die Veranstaltung eröffneten, trafen zwei gegensätzliche Ansätze aufeinander:

Der in Berlin lebende Politologe Kien Nghi Ha (*siehe auch seinen Beitrag in diesem Heft, S. 6 und 7*) plädierte für die kulturelle Strategie der „Kanak-Identität“ – visualisiert durch das Video einer Fernsehdiskussion zwischen einigen deutschen Intellektuellen, PolitikerInnen und dem „Kanak“-Autor Feridun Zaimoglu. Die „Selbst-Kanakisierung“, eine Selbstinszenierung als personifizierte und diskursive *Uneindeutigkeit*, könne hegemonale Fremdzuschreibungen entlarven und

den strukturellen Charakter des Rassismus sichtbar machen, so Kien Nghi Ha.

Mit dem literarischen Widerstand gegen Identitätsverlust am Beispiel der Kärntner SlowenInnen beschrieb Literaturwissenschaftlerin Katja Gasser ein diametral entgegengesetztes historisches Modell: eine Identität, die auf Verlust basiert und deren Rückeroberung einer politischen Strategie gleichkommt. Höchst interessant war es, anschließend den Textbeispielen und Statements der beiden „minoritären“ AutorInnen, Tarek Eltayeb und Viktorija Kocman, zu lauschen: zwei von literarischen Ansprüchen geleitete und zugleich durchaus politische SchriftstellerInnen, deren Texte keinem der beiden Strategie-Mustern zu gehorchen scheinen. „Identität“ mag in ihrer Sprache eine der vielen Fragen sein, mit der sie sich literarisch auseinander setzen – keineswegs jedoch die Hauptfrage.

Das Panel zur Bildenden Kunst (Moderation: Petja Dimitrova, Künstlerin) wurde von der trendigen Rede über „migrantische“ und „anti-rassistische Kunst“ dominiert. Dass diese nicht unbedingt deckungsgleich sein müssen, wurde zwar in einigen Wortmeldungen aus dem Publikum hervorgehoben. Die Diskussion am Podium befand sich aber zu dieser Zeit bereits bei der Frage „Quotenförderung für anti-rassistische Kunst?“ Die Statements der Künstlerin Carla Babadillo, der Kunstvermittlerin Nora Sternfeld und der kulturpolitischen Sprecherin der *IG Bildende Kunst*, Daniela Koweindl, beschränkten sich jedoch nicht auf solche Fragen. Besonders ihrer Thematisierung von Bedingungen der Kunstproduktion konnte viel abgewonnen werden. Informativ war in diesem Zusammenhang Daniela Koweindls Beschreibung der Arbeitsumstände und der arbeitsrechtlichen Lage im Rahmen des österreichischen „Fremdenrechts“, welche

die Kunstproduktion durch MigrantInnen in ein „realistischeres“ Licht rückte.

Weltmusik und Weltschmerz

Am nächsten Tag wurde die Veranstaltung mit zwei weiteren Panels fortgesetzt. Unter der fachkundigen Moderation der Musikwissenschaftlerin Ursula Hemetek (*Initiative Minderheiten*) diskutierten zwei MusikerInnen, Sandy Lopičić und Aleksandra Tehovnik, mit der Ethnomusikologin Sofija Bajrektarević und dem Populärmusikforscher Harald Huber. Bajrektarević bot ein kritisches Deutungsgerüst für den Balkan („Der Balkan beginnt überall südöstlich von uns“) und für den „Balkanjazz“ (eine „dritte Sprache“ zwischen Tradition und Moderne). Huber unternahm seinerseits eine Bestimmung des Ursprungs von Jazz: in der Vermischung der afrikanischen mit der – etwas undifferenziert beschriebenen – arabisch-islamischen Tradition. Die „Balkanjazz“-Darbietungen der MusikerInnen konnte indes die theoretischen Kategorisierungsversuche wohlthuend relativieren.

Dasselbe Muster wiederholte sich in der Film-Diskussion (am Podium: Anna Kowalska, Künstlerin; Nina Kusturica und Kenan Kiliç, FilmemacherInnen; Senad Hergić, Leiter von *inter>face*, und Martina Böse, Soziologin/Moderation): Ausschnitte aus Filmen von Kusturica (*Liebe Ljiljana*) und Kiliç (*Nachtreise*) sowie deren Statements zu den eigenen Arbeiten waren von einer undogmatischen Leichtigkeit geprägt, während so manche Wortmeldung am Podium und aus dem Publikum einen politischen Weltschmerz nahelegte: Ob etwa das teure Medium Film von einer/m MigrantIn auch zum „einfachen“ Zweck der Kunst eingesetzt werden dürfe.

Die durchwegs informative und lebhafteste Veranstaltung, die einige neuralgische Punkte der „Politik der Minderheiten“ berührte, hätte wohl viel davon profitiert, wäre darin auch die Frage nach den Herrschaftsverhältnissen zwischen KünstlerInnen und KunsttheoretikerInnen aufgeworfen worden.

Hakan Gürses



Diskussion über die „Weltmusik“ mit Lopičić, Tehovnik, Hemetek, Bajrektarević und Huber (v. l. n. r.)

Fotos: Mehmet Emir

„Es war, weil es nicht war“

Christiane Fennesz-Juhasz, Petra Cech, Dieter W. Halwachs, Mozes F. Heinschink (Hg.): *Die schlaue Romni – E bengali Romani Märchen und Lieder der Roma*
Drava: Klagenfurt 2003
352 Seiten, € 23,-

Gott schuf den Menschen, und zwar indem er ihn im Ofen buk: „Während er sang, wurde der Mensch gebacken. Und so schön wie dieser sind bis heute die allerschönsten Menschen.“ Dies ist bereits Gottes dritter Versuch, denn den ersten Menschen ließ er zu lang im Rohr, deshalb wurde er schwarz, und der zweite bekam zu wenig Hitze ab, deshalb wurde er zu weiß. Erst beim dritten Mal war Gott zufrieden: Er hatte den Rom erschaffen und er hatte dabei gesungen (S. 163-171).

So lautet einer der vielen Schöpfungsmythen, die in der Romakultur häufig zu

finden sind, hier erzählt von Ágnes Daróczy. Die Themen der 40 Märchen und Lieder in diesem Buch sind allerdings vielfältiger. Wir begegnen z. B. den „Mulos“, den wiederkehrenden Toten, der unerringbaren Königstochter, dem Vampir, der schlaun Romni, dem Helden Zuko Bajraktar und dem Hahn, der seinem Besitzer zu Reichtum verhilft. Neben archaischen indo-iranischen Elementen finden sich Einflüsse der verschiedensten Kontaktkulturen, wie der ungarischen, der türkischen, der albanischen und der verschiedenen slawischen. Die ErzählerInnen und SängerInnen sind Roma aus Mittel- und Südosteuropa und sprechen jeweils in ihrer Romani-Variante. Die Texte und Übersetzungen beruhen in allen Fällen auf Tonaufnahmen, die zum Großteil aus der Sammlung Heinschink (= Sammlung von Primäraufnahmen zur Sprache und Musik der Roma, archiviert im Phonogrammarchiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) stammen, nach denen Transkript und Übersetzung angefertigt wurden. Auch die

Weibliche Körper im Kampf der Kulturen

Mechthild Rumpf, Ute Gerhard, Mechthild M. Jansen (Hg.): *Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion*
transcript Verlag: Bielefeld 2003
319 Seiten; € 24,80

Nicht erst seit dem 11. September und dem Krieg gegen das radikalislamistische Taliban-Regime in Afghanistan ist das Geschlechterverhältnis in Europa zu einer der wichtigsten Wahrnehmungsebenen der islamischen Welt geworden. Dabei finden jedoch selten differenzierte sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu islamischen Gesellschaften aus einer kritischen Gender-Perspektive statt. Die Frau – insbesondere der weibliche Körper und seine Ver- und Entschleierung – dient vielmehr als Projektionsfläche für die Stigmatisierung oder aber die Apologie des Islam. Dass etwa die Diskussion um Verbot oder Verteidigung des Kopftuches im öffentlichen Raum wesentlich mehr Interesse hervorruft als Fragen der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der strukturellen Gewalt oder der (gesellschafts-)politischen Macht,

zeigt, wie sehr diese Debatte in den meisten Fällen an der Oberfläche bleibt und eher als Waffe in einem Kulturkampf dient denn einer rationalen wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Die islamische Frau wird damit zum Objekt eines „clash of civilisations“, deren Körper sowohl von westlichen KulturkämpferInnen als auch von den Verteidigern der „islamischen Sache“ in der Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen instrumentalisiert wird. Vielleicht boomen deshalb auch Medienberichte und Bücher über Frauen im Islam, die oft nicht über das Nacherzählen von Klischees hinausgehen.

Einen völlig anderen Ansatz wählt hier der Sammelband *Facetten islamischer Welten*. Den AutorInnen ist ein differenzierter und interdisziplinärer Ansatz ebenso wichtig wie die Herausarbeitung unterschiedlicher Ansätze in der innerislamischen Debatte. Sie diskutieren nicht nur die Situation von Frauen in unterschiedlichen islamischen Staaten, sondern auch in der islamischen Diaspora in Europa. Die Beiträge heben sich dabei angenehm sowohl von kulturellrelativistischen Ansätzen als auch von einer pauschalisi-

Tonaufnahmen wurden in einer Doppel-CD publiziert (*Oh romnije zelenije ... / Frau du grüne ...* Hg.: Christiane Fennesz-Juhasz, Mozes F. Heinschink, Graz 2003), die insbesondere für die Rezeption der Lieder wesentlich erscheint.

Besonders wertvoll sind die wissenschaftlichen Kommentare in einem Umfang von 60 Seiten, die die vorliegenden Texte und Lieder in den Kontext der weltweit verbreiteten Romakultur stellen und sowohl sprachwissenschaftliche als auch ethnomuskologische Ansätze und Analysen bieten.

Die Märchen und Lieder geben Einblick in die Lebens- und Gedankenwelt eines Volkes, dessen Kulturschatz bis vor einigen Jahren mündlich tradiert wurde. Die Verschriftlichung ist eine Möglichkeit, zur Erhaltung dieses Reichtums beizutragen, und die Übersetzung, ihn auch den Nichtroma zugänglich zu machen. Die HerausgeberInnen geben ihrem Wunsch Ausdruck, dass die Erzähltradition der Roma weiterleben möge: „Es war, weil es nicht war“ – so beginnen viele Geschichten der Roma. Mögen diese Worte auch in Zukunft zahlreiche Zuhörer in ihren Bann ziehen“ (S. 9).

Ursula Hemetek

renden Kulturkampftretorik ab. So besteht etwa Ute Gerhard auf der Universalität der Menschenrechte. Kritik am Androzentrismus der Allgemeinen Menschenrechtserklärung sollte, ebenso wie Kritik am Eurozentrismus, nicht zu deren Abschaffung und Relativierung, sondern zur Ausweitung der Menschenrechte führen. Die Vorbehalte islamischer Staaten gegenüber den Menschenrechten werden dabei etwa von Ann Elizabeth Mayer anhand der *Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (CEDAW) als politische Vorbehalte erklärt, die nicht zwangsweise aus der Religion abgeleitet werden können. Es bleibt damit eine politische Entscheidung, wie eine Regierung oder ein Staat mit Geschlechterdifferenz verfährt. Die Unterdrückung der Frauen ist damit keine ahistorische kulturelle oder religiöse Eigenschaft, sondern ein Politikum, das damit auch verändert werden kann.

Der Sammelband von Rumpf, Gerhard und Jansen gibt diese Diskussionen als Stand einer wissenschaftlichen und gesellschaftspolitisch relevanten Debatte wieder. Man muss nicht allen Analysen zustimmen, um das Buch als eine Bereicherung in der Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen im Islam zu betrachten.

Thomas Schmidinger

Ein lange tabuisiertes Verbrechen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft

Helga Amesberger, Katrin Auer, Brigitte Halbmayr: *Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern*
Mandelbaum Verlag: Wien, 2004
360 Seiten, € 24,90

Sexualisierte Gewalt in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern war Jahrzehnte lang kein Thema öffentlicher Auseinandersetzung. Das Thema wurde nicht nur von den Tätern, sondern auch von den meisten Opfern verschwiegen, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen. Während die Täter froh waren, dass zumindest dieser Aspekt ihrer „Arbeit“ nicht ans Licht kam, waren gerade die Opfer sexualisierter Gewalt doppelt traumatisiert und oft nicht imstande, nach 1945 darüber zu sprechen. Hinzu kam noch, dass auch manche politische Häftlinge auf Frauen, die in den Bordellen der SS, aber auch in Häftlingsbordellen arbeiten mussten, herabsahen und das Thema lieber aussparten.

So wundert es wenig, dass die männlich dominierte Geschichtswissenschaft bisher kaum Notiz von sexueller Gewalt gegen Frauen in Konzentrationslagern nahm. Zwar wurden gelegentlich Bordelle für Häftlinge

und Wachpersonal erwähnt, allerdings wurden sie nie zum Kern einer historischen Forschungsarbeit. Umso verdienstvoller ist es, dass nun drei Wissenschaftlerinnen mit den Studien der Geschichte, Politikwissenschaften, Soziologie und Ethnologie im Hintergrund genau dieses Thema in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen.

Die Interviews, die Helga Amesberger, Katrin Auer und Brigitte Halbmayr mit betroffenen Frauen geführt haben, sind dabei fast so etwas wie archäologische Notgrabungen. Erst im hohen Alter, nachdem schon viele von ihnen verstorben sind, ohne ihre Geschichten jemals erzählt zu haben, interessierte sich jemand für diesen Aspekt ihrer Geschichte, brachte jemand den notwendigen Respekt und das entsprechende Interesse mit, dass die noch lebenden Opfer diese schmerzhaften Erinnerungen mitteilen können. Den Autorinnen der Studie ist dabei durchaus bewusst, welchen Akt der Anstrengung sie dabei von ihren Interviewpartnerinnen verlangten: „Wenn man bedenkt, dass es sehr schwierig und belastend ist, über Gewalterfahrungen und Todesängste zu sprechen und sich solche Erlebnisse in Erinnerung zu rufen, so gilt dies ebenso für sexualisierte Gewalterfahrungen. Denn die primäre Intention bei der Anwendung sexualisierter Gewalt ist die nochmals gesteigerte Demütigung und Existenzbedrohung. Solche Erlebnisse dann auch noch sprachlich fassbar zu machen, um

sie anderen zu vermitteln, fällt den meisten Menschen sehr schwer“ (S. 11).

Trotzdem haben Frauen von ihren Erlebnissen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern berichtet. Das Rückgrat der Arbeit bilden Interviews mit 43 weiblichen KZ-Überlebenden, vorwiegend aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.

Die Themen, die in der Studie bearbeitet werden, reichen von Häftlings- und SS-Bordellen über Vergewaltigungen im Konzentrationslager, die Fragen von Menstruation, Schwangerschaft und Entbindung im KZ bis hin zu anhaltender Stigmatisierung der Opfer nach 1945. Die Tabuisierung der sexualisierten Gewalt ging mit der anhaltenden Stigmatisierung insbesondere der in der Lagerhierarchie weit unten angesiedelten, als „asozial“ eingestuften Häftlinge einher. „Die auch nach 1945 anhaltende Geringschätzung von ‚asozial‘ Verfolgten ist in allen Gesellschaftsbereichen vorhanden: in der Erinnerungsliteratur, in der Entschädigungsgesetzgebung, in der allgemeinen gesellschaftlichen Tabuisierung ihrer Erfahrungen bis hin zur lange Zeit inexistenten Forschung über diese Opfergruppe. Denn die von den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern den verschiedenen Häftlingsgruppen zugewiesenen ‚Winkel‘ blieben an den Menschen kleben“ (S. 158).

Umso wichtiger ist hier die Arbeit von Amesberger, Auer und Halbmayr, die genau diese bis heute anhaltende Stigmatisierung aufbrechen will und ein lange tabuisiertes Verbrechen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und Vernichtungspolitik in den Mittelpunkt ihrer Forschung stellt.

Thomas Schmidinger

Menschenrechte, allgemein zugänglich

In den „freien Wirtschaftszonen“ herrschen zumeist menschenunwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse; die Grundrechte werden von zahlreichen Staaten mit der Ausrede auf wirtschaftliche Entwicklung oder kulturelle Werte verletzt; um die „Migrationsströme“ zu dämmen oder die „nationale Sicherheit“ zu schützen, werden die Menschenrechte in den Aufnahmeländern zunehmend über Bord geworfen; Kriege werden neuerdings im Namen der Menschenrechte geführt ... Wie kann das Menschenrechtssystem auf diese neuen Entwicklungen reagieren, wie kann es sich konzeptuell weiter entwickeln?

Eine Konferenz mit dem Titel „Menschenrechte zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik“, die am Freitag, 3. und Samstag, 4. Dezember 2004 in der *Hauptbücherei am Gürtel*, Wien stattfindet, wird aus theoretischer, juristischer und praktischer Sicht Antworten auf diese Fragen suchen. Die in Zusammenarbeit von der *Wiener Gesellschaft für interkulturelle Philosophie*, der *Liga für Menschenrechte* und dem *Institut für Wissenschaft und Kunst* organisierte, allgemein zugängliche Veranstaltung befasst sich mit Globalität und Regionalität sowie der Bedeutung von „global players“ aus einer interdisziplinären Perspek-

tive. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Arbeitsfelder der ReferentInnen der internationalen Konferenz: Neben den PhilosophInnen Herlinde Pauer-Studer, Jan Sokol, Pavel Barša, Andrea Baršová, Franz M. Wimmer und Gregor Paul werden Sozial-, Politik- und RechtswissenschaftlerInnen Yersu Kim, Ann Elisabeth Mayer, Stefan Hammer sowie die Wirtschaftswissenschaftlerin Ursula Schneider und der Gewerkschaftsmitarbeiter Paul Kolm der Rolle von Wirtschaft, Recht und Ethik mit Blick auf die Menschenrechte nachgehen.

3.-4. Dezember 2004
Hauptbücherei am Gürtel
Urban-Loritz-Platz 2a, 1070 Wien
www.humanrightsconference.at

red

Im November 2004

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn die einzige gute Nachricht die ist, dass keine Wahlen in Sicht sind. Aber sonst geht alles drunter und drüber, und nicht nur der Chef in Kärnten hat schon mehr gelacht, sondern auch ich. Gut, es ist jetzt auch eine blöde Jahreszeit, aber ich glaube, es ist mehr als die übliche Herbstdepression, dass ich überall nur Niederlagen sehe. Und irgendwie fühle ich mich nicht einmal mehr von meinen Kameraden verstanden.

Ich habe es ja nur gut gemeint, als ich nach dem Wahlsieg vom Bush einen Brief an die Parteileitung geschickt habe und geschrieben: Ob uns das nicht Auftrieb und Zuversicht geben kann, wenn wir sehen, dass auch blöde Arschlöcher wieder gewählt werden können. Sie haben nur kurz zurückgefragt, wie ich das gemeint hab. Na, aufmunternd natürlich. Insgeheim hab ich natürlich gehofft, sie laden mich einmal zu einer Strategiesitzung ein, damit sie den Mund des Volkes einmal sprechen hören. Na gut, muss ich halt weiter am Stammtisch Volksreden halten.

Sogar die Religionsfront ist ins Wanken gekommen. Der Küng Kong hat unseren wehrhaften Bischof in St. Pölten erst abgeschossen und dann beerbt. Und dann wundert man sich, dass der Islam auf dem Vormarsch ist. Meine einzige Freude ist, dass der Westbahn-Kurti sicher keine Ruhe geben wird. Das kleine Retourfoul mit dem Pater Paterno aus dem Machtbereich vom Küng war ja wirklich schon Klasse. Heißt der überhaupt wirklich Paterno, der Kutten-Promi aus den Medien, oder ist das nur sein Spitzname, weil die Kinder immer geschrien haben: „No, Pater, no!“

Eine gute Idee hab ich im Brief an die Parteileitung auch reingeschrieben. Es gibt ja jetzt für fast alles einen Welttag, das Jahr müsste ja bald 730 Tage haben, damit sich da alles ausgeht. So haben wir am 12. November zum Beispiel den „Welttag des Apfels“ gefeiert, sogar der Genosse Rotlauf, der vor zehn Jahren an diesem Datum noch auf die Gründung der Ersten Republik angestoßen hat. Das ist den Roten also auch entwunden worden. Und da hab ich dem Huberuschi, keine Ahnung, wer bei uns gerade das Sagen hat, geschrieben, wir brauchen unbedingt, damit wir wieder an Popularität gewinnen, einen „Welttag des freiheitlichen Politiklers“ – das Datum

muss ja nicht unbedingt auf den 20. April fallen.

Weil der Wind bläst uns derzeit ordentlich ins Gesicht. Vor allem das mit der Gesundheitsreform, die die burgenländische Fasanzüchterin, die Viecher zum Abknallen braucht, durchziehen will, kommt nicht gut an. Weil dass die Schaaßaugaten mit Brillen alle Intellektuelle und dadurch automatisch unsere Gegner sind, stimmt heute nicht mehr. Heute kommt das ja auch vom Fernsehen oder „Krone“-Lesen. Daher hab ich auch eine Brille, und die werd ich jetzt in den Tresor geben, damit ja nichts passieren kann, weil die Krankenkassa bei einer neuen nicht mehr mitzahlen darf. Renn ich halt wie der Herbie Haupt in jede Unfallgelegenheit, so unter dem Motto: „Laternenpfahl, ich komme!“ Ob das der richtige Weg ist, die Kassen zu sanieren, wird man ja sehen.

Ich glaub ja, dass das eine Verschwörung von den Schwarzen ist. Weil wir brauchen die Blöden für einen Wahlsieg, und die Schwarzen die Blinden – die machen ihr Kreuzel bei der erstbesten Stelle, und dort steht jetzt leider: ÖVP. Und eins ist klar: Die Schwarzen wissen, wie man mit der Macht umgeht. Die haben ihren Dollfuß gelernt. Wie den das Parlament gestört hat, hat er es einfach aufgelöst, und wenn das Studentenparlament stört, wird es einfach wegreformiert und eingeschwärzt – von der Unterrichtsministerin, die ja überhaupt recht umtriebiger ist im Moment.

Die voll in den Arsch gegangene Rechtsschreibreform hat ihr nicht genügt. Also hat sie GEhrers STATistische POSse inszeniert, die lückenlose Verhaltenserfassung, Charakterzuschreibung und Leistungsbeurteilung von Kindheit an. Das sind ja alles wichtige Daten, die man dann unter der Hand an die Wirtschaft verkaufen kann. Da denk ich mir

immer: Was hätte der Heini Himmler alles machen können, wenn er damals schon Computer gehabt hätte. Und dann ist die Gehrner nach Ulan Bator gedüst wegen irgendeiner Oper. Ich glaub ja auch, dass man von der so genannten Dritten Welt einiges lernen kann. Wie die Industriellenvereinigung denk ich da an: effizientere Polizeimethoden beim Verhör, Ausweitung der Arbeitszeit, denn wer schwer hackelt, kommt nicht auf blöde Gedanken. Und ein bisserl Kinderarbeit wär auch nicht schlecht, da ersparen wir uns die Kindergärten, wenn die Mütter arbeiten müssen. Wir müssen eben den Schritt in die globale Harmonisierung wagen, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu sichern.

Apropos Harmonisierung, da wird auch ein Pallawatsch herauskommen. Ich glaub ja, Harmonisierung ist ja nur ein Schönwort für „Betteltuch für alle“. Wir brauchen einfach ein bisserl mehr Massenelend, damit die Kriminalität steigt und die Sicherheitswirtschaft boomen kann.

Aber Streit und Hader herrschen auch in unseren Reihen. So hab ich gehört, dass unser Wiener Häuptling, der Strache, einen Salzburger Kameraden zum Duell gefordert hat – und noch dazu ausgerechnet mit Säbeln, wahrscheinlich Krummsäbeln! So weit sind wir gekommen. Ich glaube, unsere Führer sind heute ein bisschen sehr kompliziert. Wenn der Kamerad Brauntresch und ich eine Meinungsverschiedenheit haben, dann sprechen halt auf der Stelle die Bierkrügel, und nicht osmanische Hieb- und Stichwaffen.

Und eine Bitte hätte ich: Wenn jetzt das Gesetz so umgeschrieben wird, dass dem Herbert Haupt eine Doktor-Würde zugesprochen werden kann, ich würde auch gern Doktor werden, bitte formuliert das auch in meinem Sinne. Dr. h. c. Kahlauer – das wär doch was!



Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 52
Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt
Zul.-Nr.: GZ 02Z031717-S

Rücksendeadresse:
Initiative Minderheiten
Gumpendorferstraße 15/13
A-1060 Wien



Bureau de poste
A-9020 Klagenfurt
(Autriche)
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite